

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 165.

Mittwoch, den 17. Juli 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die französische Wahlreform.

Mit 339 gegen 217 Stimmen hat die französische Kammer dem Wahlreformgesetz, das den Proporz einführt, zugestimmt. Die Mehrheit von 339 Stimmen ist eine Mehrheit links-republikanischer Stimmen; denn es haben mindestens 100 bürgerlich-republikanische Abgeordnete der Linken außer den 74 Sozialisten dafür gestimmt. Ausgesprochene Feinde der Republik befinden sich unter den 339 höchstens ein Duzend, hatte doch der Monarchist Delahaye sich im letzten Augenblick noch für das bestehende Bezirkswahlgesetz erklärt. Den Progressisten des Zentrums kann man nicht abstreiten, daß sie die Erhaltung der Republik wünschen, wenn sie ihr auch einen klerikalen Charakter geben möchten. Nicht prinzipielle Bedenken waren es in erster Linie, die einer Mehrheit der radikalen Abgeordneten ihre Stellung diktierten und die sie veranlaßten, die Reform als „Werk der Reaktion“ zu verdächtigen, sondern es war die Angst vor einer Niederlage. Wenn sie schrieben, „die Reform führt uns einem Abenteuer entgegen“, so dachte jeder an sich. Weil sie wissen, daß sie sich ein klareres, unzweideutigeres, festeres Programm geben müssen, daß sie die Zügel ihrer Organisation nicht mehr schleifen lassen können wie bisher, daß es nicht mehr genügen wird, den „langen“ Arm des Präfekten auf seiner Seite zu haben, daß die Kirchturnsinteressen in den Hintergrund verdrängt werden, daß das „Bezirksnapoleonentum“ aufhören wird, haben die Radikalen, die sich daran gewöhnt hätten, auf Grund des Einzelwahlsystems zu herrschen, zum Versuch, die Wahlreform zu verhindern, mehr Energie aufgebracht, als sie je zur Durchführung irgendeines Gesetzes zur Trennung von Staat und Kirche zu finden wußten.

Als nach dem Zusammenbruch des zweiten französischen Kaiserreichs die monarchische Mehrheit der Nationalversammlung gezwungen war, der neuen, von den Umständen fast „automatisch“ erzwingenen Republik eine Verfassung zu geben, da erschien es ganz natürlich, daß sie sich für das Einzelwahlsystem aussprach. Von jeher hatte sich gezeigt, daß die Einzelwahlen es der herrschenden Regierung am leichtesten machten, bei den Wahlen ihren Einfluß auszuüben und von jeher waren es die Reaktionsäre gewesen, die den Vorteil des Einzelwahlsystems hatten. Damals war es die republikanische Partei, die gegen dieses System Stellung nahm und die Einführung der Listenwahl forderte, allerdings ohne an den Proporz zu denken. Sobald die Republikaner in den beiden Häusern des Parlaments die Mehrheit erlangt hatten, setzten sie die Einzelwahl durch das „scrutin de liste“, die Listenwahl. Aber der erste Versuch, den sie im Jahre 1885 damit machten, fiel sehr zu ihren Ungunsten aus: die republikanische Mehrheit schmolz außerordentlich zusammen. Im Jahre 1889 wurde die Einzelwahl wieder eingeführt. Seitdem hat sie ununterbrochen bestanden. Sie hat der radikalen Partei große Dienste geleistet; unter dem Schutz dieses Systems wurde sie die bei weitem stärkste Wählerpartei. Jedes Arrondissement (Bezirk) hat einen Abgeordneten zu wählen. Sind mehr als 100 000 Einwohner in dem Bezirk, dann wird er in zwei Wahlkreise geteilt, sind es mehr als 150 000, dann werden drei Wahlkreise gebildet, usw. Schon diese Wahlbezirkseinteilung, die sich nicht nach der Bevölkerungsziffer richtet, ruft eine willkürliche Verteilung der Abgeordneten hervor. Es gibt Bezirke, die nicht mehr als 18 000 Einwohner zählen und nicht mehr als 3500 Wähler (wie z. B. Barcelonnette im Süden), während andere fast eine Million haben.

Durchschnittlich kann man sagen, daß die Wählerstimmen der ländlichen Kreise des Westens und des Südens doppelt so schwer wiegen als diejenigen des Nordens und des Zentrums. Kommt im Süden auf je 50 000 Einwohner ein Abgeordneter, dann vertreten die nordischen Deputierten etwa 100 000 Einwohner. Die Wahlkreise Puget-Théniers, Gex, Briançon, Sisteron, Castellane und Barcelonnette ernennen mit einer Gesamtziffer von 34 417 Wählern sechs Abgeordnete — die Wahlkreise Nantes, Scauz, Versailles, La Palice und Sarlat dürfen mit 157 441 Stimmen nur fünf ins Palais Bourbon senden. Da außerdem die Einzelwahl auf dem Prinzip der absoluten Mehrheit beruht, so haben in den einzelnen Wahlkreisen 101 Wähler das Recht, alle Mandate zu besetzen, während 99 mit leeren Händen ausgehen.

Diese ziffernmäßigen Beweise für die Ungerechtigkeit des Einzelwahlsystems, das der absoluten Mehrheit alles und den Minderheiten nichts gibt, hätten aber wohl nicht genügt, um eine große Bewegung gegen dieses Wahlssystem zu entfachen zu lassen. Es mußte auch moralisch unterwühlt werden; dafür haben diejenigen gesorgt, denen es am

meisten Nutzen brachte: die herrschenden Radikalen. Die Korruption der kleinen allmächtigen Zirkel, die Sitze und Ämter vergaben, die Bezirkswirtschaft, in der persönliche und Kirchturnsinteressen jeden großartigen Kampf in den Hintergrund drängten, die Herabdrückung der programmatischen Stellungnahme auf das tiefste Niveau, die Einmischung der Präfekten, deren Hilfe den Kandidaten einen offiziellen Charakter verschaffte, den sie unter dem Kaiserreich so oft hatten, der durch den zweiten Wahlgang verurteilte „Kuhhandel“ bestimmten die nicht am Ruder sitzenden großen politischen Parteien, sich für eine Änderung des Wahlrechts auszusprechen. Zehn Jahre werden es bald her sein, daß man in der Kammer anfang, vom Proporz zu sprechen. 1906 wurde die erste Spezialkommission ernannt zur Prüfung der eingelaufenen Wahlreformvorschläge. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde der Staatsrechtslehrer Charles Benoist gewählt, ein Gemäßigter, der bis zum letzten Augenblick ein Vorkämpfer des Proporz blieb. Aber eben weil Benoist nicht zur radikalen Partei gehörte, waren seine Vorschläge der herrschenden Fraktion verdächtig. Aussicht auf Verwirklichung schienen die Proporzanträge nicht zu haben. Zu einer ernsthaften Debatte kam es noch lange nicht. Da die Sozialisten unter Saurès mit den Radikalen zusammen vor und nach der Annahme des Gesetzes zur Trennung von Staat und Kirche einen parlamentarischen Block bildeten, so war auch die parteipolitische Situation noch nicht geschaffen zur ernsthaften Besprechung einer Wahlreform, deren erste und wichtigste Folge eine klare Scheidung der Parteien mit verschiedenen Programmen sein wird. Erst nachdem auf Grund der Vereinbarungen, die auf dem internationalen sozialistischen Kongreß von Amsterdam getroffen wurden, der sogenannte „Linksblock“ in der französischen Kammer aufgelöst wurde und die verschiedenen sozialistischen Fraktionen, die bis dahin einander bekämpft hatten, sich zu einer einzigen Partei verschmolzen, wurde auf dem Kongreß von Limoges die Forderung des Proporz in das Tagesprogramm aufgenommen. Dieser Beschluß schuf die nötige agitatorische Unterlage. Dazu kam die im Jahre 1906 erfolgte Erhöhung der Abgeordnetenlöhne von 9000 auf 15 000 Frank pro Jahr, die der Opposition ein Mittel gab, die Unzufriedenheit gegen das Parlament mächtig zu schüren und die vielen radikalen Deputierten den Gedanken eingab, sich für eine Wahlreform einzusetzen, um die Bestimmung des Landes abzulenken und die empörten Geister zu beschwichtigen.

Die radikale Partei dachte allerdings seit jeher nur an kleine Reformen, durch die die Basis des bestehenden Bezirkswahlsystems nicht berührt worden wäre. Die Mitglieder der Wahlreformkommission sprachen sich jedoch für eine gründliche Reform aus. Clemenceau verstand es, die Debatte immer und immer wieder hinauszuschieben, ohne zu verbergen, daß er gegen den Proporz schwere Bedenken habe. Aber die Idee machte ihren Weg. In der Kammer bildete sich eine „Proporzgruppe“, die Mitglieder aller Parteien umfaßte und die sehr bald 250 Mitglieder zählte. Die nach dem Sturz Clemenceaus folgenden Ministerien waren gezwungen, die Wahlreform in ihr Regierungsprogramm aufzunehmen. Und alle ohne Ausnahme, Briand sowohl als Monis, Caillaux sowohl als Poincaré, versprachen den Proporz. Die Radikalen ließen erklären, daß sie im besten Fall für eine Listenwahl ohne Proporz zu haben wären: der Mißerfolg von 1885 schien sie nicht abzuschrecken. Aber eine Formel von Saurès, die berühmt wurde, machte der aufkeimenden Idee der „reinen Listenwahl“ ein rasches Ende. „Bei der Einzelwahl, rief Saurès, sagt einer dem andern: Sei tödlich; bei der reinen Listenwahl: Wir töten dich; bei dem Proporz: Ich soll leben und du ebenfalls.“

Die Mehrheit, die in der Kammer zugunsten einer Wahlreform entstand, wuchs langsam, und als das Ministerium Poincaré ans Ruder kam, von dem man wußte, daß es die Frage des Proporz ernst nahm als seine Vorgänger, konnte kein Zweifel mehr herrschen. Mit Poincaré als Ministerpräsidenten, mit dem Sozialisten Groussier als Berichterstatter und mit Saurès, dem gewandtesten Taktiker, dem größten Redner des Parlaments als Wachposten, der auch das geringste Manöver der Proporzgegner aufdeckte, mußte die Reform durchgehen, nachdem sich einmal eine Mehrheit gefunden hatte.

Frankreich wird die erste Großmacht sein, die den Proporz einführt als Basis der allgemeinen Parlamentswahlen. Daß der Senat sich wirklich entschließen könnte, die Fahne der Rebellion zu erheben, wie es gewisse Äußerungen von Combes und Clemenceau, die Führer der radikalen Senatoren, vermuten lassen, ist nicht anzunehmen. Der Senat kann die Durchführung der Reform eine Zeitlang verschleppen — endgültig verhindern kann er sie nicht, so daß man annehmen darf, daß die Wahlen im Jahre 1914 sich im Zeichen des Proporz vollziehen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Was ist Terrorismus?

Wenn in der Arbeiterpresse ermahnt wird, bei Einkäufen in erster Linie solche Geschäftsleute zu unterstützen, die der Arbeiterschaft nahe stehen, so heulmeiert die reaktionäre Presse über — sozialdemokratischen Terrorismus. Zwischen dem Hansabund und dem Bund der Landwirte ist nun ein lebhafter Streit darüber entflanden, wer von den beiden Organisationen durch Anwendung des geschäftlichen Boykotts Terrorismus treibt. Die Presse des Hansabundes war in der Lage, den Agrariern eine ganze Anzahl Fälle vorzuführen, wo Mitglieder des Bundes der Landwirte Andersgesinnte mit dem wirtschaftlichen Boykott bedroht haben. Darauf erklärt nun die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die Agrarier sind eben unverbesserliche Gemütsmenschen, die es sich sogar anmaßen, Leute, die mit ihnen auf dasselbe politische und wirtschaftliche Glaubensbekenntnis schwören, auch im privaten Leben lieber zu unterstützen, als diejenigen, die ihnen den politischen und wirtschaftlichen Kampf bis aufs Messer ansagen. Wer das Boykott nennen will, der kann das ja gerne tun.“

Ganz unsere Meinung! Dann darf aber auch die agrar-konservative Presse nicht mehr über Boykott und Terrorismus zetern, wenn die Arbeiterschaft es abgesehen, einen Scharfmacher oder Sozialistenfresser geschäftlich zu unterstützen.

Der Reichs-Etat für 1913.

Der Bundesrat soll sich heuer frühzeitiger als sonst mit dem neuen Etat befassen. Die „Berl. Pol. Nachr.“ teilen dazu mit:

„Da mit der nicht rechtzeitigen Verabschiedung der Etats während der letzten Jahre auch eine Reihe wenig angenehmer Erfahrungen gemacht sind, und Regierung und Reichstag in der Beurteilung dieser Vorgänge einig sind, soll verucht werden, diesmal den Etat vor dem 1. April des nächsten Kalenderjahres fertig zu stellen. Gerade diesmal stellt sich der Absicht eine besondere Schwierigkeit in den Weg, weil das Osterfest 1913 in die zweite Hälfte des März fällt und demgemäß damit gerechnet werden muß, daß der Reichstag in der Mitte März seine Osterferien beginnt. Bis dahin müßte also der Etat durchberaten sein, wenn er rechtzeitig verabschiedet werden soll. Der Schwierigkeit steht aber auch ein Vorteil gegenüber und zwar insofern, als der Reichstag schon Ende November seinen nächsten Tagungsabschnitt beginnt. Es ist also die Möglichkeit vorhanden, daß mit der zweiten Staatsberatung noch vor den Weihnachtsferien begonnen werden kann. Voraussetzung dafür ist natürlich zunächst, daß der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt den nächstjährigen Etat vorfindet. Hierauf wird seitens der Verwaltungstellen und seitens des Bundesrates hingearbeitet werden. Man wird auch mit ziemlicher Gewißheit schon heute sagen können, daß der Reichstag, wenn er am 26. November wieder in Berlin seine Beratungen aufnehmen wird, unter den ihm inzwischen zugegangenen Entwürfen den Reichshaushaltsetat für 1913 vorfinden wird.“

Daß der Reichstag noch vor den Weihnachtsferien in die zweite Lesung des Etats eintreten könnte, ist schon um deswillen vollständig ausgeschlossen, weil der Reichstag erst am 26. November wieder zusammentritt. In den letzten Jahren hat die Staatsberatung wesentlich dadurch gelitten, daß der Reichstag immer ziemlich spät zusammengetreten ist. Die wichtigen Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes werden dann immer an das Ende der Beratungen gesetzt, die dann naturgemäß überstürzt werden müssen. Es mag sein, daß das die Absicht der Regierung ist, die natürlich ein Interesse daran hat, daß gerade über diese beiden Etats nicht allzuviel geredet wird. Wenn sich nun aber die Regierung darauf etwas zugute tun wollte, daß die Durchpeitschung des Etats diesmal dadurch vermieden werden soll, daß der Etat schon Ende November dem Reichstage vorgelegt wird, so ist auch das unberechtigt; denn wenn der Etat rechtzeitig fertig werden soll, dann muß er der Osterferien halber Mitte März fertiggestellt werden, und dann bleibt zur Beratung auch nicht mehr Zeit, als wie in den anderen Jahren. Von sozialdemokratischer Seite ist auch heuer wieder bei der Verlegung des Reichstages dagegen protestiert worden, daß der Wiederzusammentritt auf einen so späten Termin gelegt worden ist. Die Sozialdemokraten sind mit dem Protest allein geblieben, weil die bürgerlichen Parteien im Ernste gegen die Durchpeitschung der Beratungen durchaus nichts einzuwenden haben. Wir werden also auch diesmal wieder das alte Spiel erleben, daß gerade die wichtigsten Etats nicht gründlich durchberaten werden können.

Unzufriedene Hanfabändler.

Die agrarische „Deutsche Tagesztg.“, die den Hanfabund fast ebenso sehr haßt wie die Sozialdemokratie, zitiert mit großem Behagen aus dem Jahresbericht des Papierindustrievereins, der nach Angabe des Agrarierblattes Mitglied des Hanfabundes ist, folgende Äußerung über das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen:

„Dabei darf man aber freilich nicht übersehen, daß, während der vorjährige Reichstag 46 Mitglieder zählte, die man als Vertreter von Handel und Industrie ansehen konnte, der neue Reichstag nur 35 Angehörige dieser Berufsgruppe aufweist, wobei auch noch zu berücksichtigen ist, daß ein Teil dieser 35 Abgeordneten dem Kleinhandel und Kleingewerbe angehört. Die Vertretung von Handel und Industrie durch Angehörige dieser Berufsgruppe selbst ist also im Reichstag sogar zurückgegangen. Es gelang dem Hanfabund wohl, eine größere Anzahl von Vertretern von Handel und Industrie zum Kandidieren zu veranlassen, aber die Kandidaturen durchzuführen, blieb ihm versagt.“

Die Tatsache ist richtig. Der Hanfabund hat seinen Zweck einigermaßen verfehlt. Wenn darob die Agrarier eine gewisse Schadenfreude empfinden, so kann man ihnen das um so weniger verdenken, weil ja der Hanfabund zur Bekämpfung des Agrarierturns gegründet wurde. Daß ihm der erhoffte Erfolg versagt blieb, ist hauptsächlich die Folge seiner Halbheit und Unentschiedenheit. Er rechnete vor allem auf die Nationalliberalen; da diese aber selbst zum größten Teil agrarisch sind, so mußte er sich auf die Bekämpfung sogenannter „Auswüchse“ des Agrarismus beschränken, damit aber diesem selbst eine gewisse Berechtigung zugestehen. Diese Halbheit klingt aus allen Rundgebungen des Hanfabundes heraus. Damit kann man aber keine Wähler begeistern.

Der Krach im Zentrum.

Das „Katholische Deutschland“ wirft in seiner jüngsten Nummer (21) dem Volksverein für das katholische Deutschland „direkte Auflehnung gegen den Stellvertreter Christi“ und „Häresie“ (d. h. Ketzerei, Irrlehre) vor. Man erkläre, „von M.-Glabbach aus schon den Katholiken, sie brauchen dem Papste nicht zu gehorchen, wenn er die Gewerkschaften verurteilt, denn darin sei er nicht unfehlbar.“ In der Tat ist das der Sinn eines in der M.-Glabbacher „Apologetischen Rundschau“ erschienenen Artikels. Das „Katholische Deutschland“ nennt den Artikel „die unerhörte Frechheit einer katholischen Zeitung eines katholischen Vereins gegen den Statthalter „Jesus Christi“, und der Artikel „heuchele zum Schluß wieder in widerlicher Weise die Treue gegen den eben angelegten Papst!“

In einer Auseinandersetzung mit der hagermittischen „Schlesischen Volkszeitung“ faßt das „Katholische Deutschland“ über die Kunst, in so wenig Worten soviel Bosheit und Lüge zusammenzubringen. Die „Schles. Volkszeitung“ bringe „in wahrhaft irrender Weise“ die Darstellung und rufe „in lägenhafter Weise“ den Eindruck hervor, als ob der Streit durch die päpstlichen Telegramme entbrannt sei und als habe der Papst durch sie den Zankapfel in die Arbeiterbewegung geworfen. Zum Schluß sagt das Blatt des Pfarrers Lieberowski, es sei „verächtlich, auszurufen: Hui, Volkszeitung!“

Zu dem Streit der „Germania“ mit der hagermittischen „Erfener Volkszeitung“ schreibt das „Katholische Deutschland“, die „Germania“ werde „von den Blättern der Kölner in der niederträchtigsten Weise angefallen“, bedroht und bekämpft. „Köln“ werde „immer irrender“.

In den „Petrus-Blättern“ (Trier) veröffentlicht Prälat Kleiser einen Artikel über „Louis Beulliot, ein Spiegelbild für unsere Zeit“, worin er von den römischen Cäsaren ausgeht und auf die „jetzige Staatsomnipotenz“ kommt. Im Anschluß daran sagt er: „Handlanger zu diesem Zustand sind auch jene Halbkatoliken (H), die ebenfalls Christus und seinem Stellvertreter zuzurechnen: Bis hierher und nicht weiter!“

Das zielt unverkennbar auf den Zentrumsabgeordneten Schärer; und hätte Prälat Kleiser bereits den oben erwähnten Artikel der „Apol. Rundschau“ gekannt, so würde auch er wohl die Führer des Volksvereins für das katholische Deutschland als „Halbkatholiken“ stigmatisiert haben.

Eine Justizdebatte im bayerischen Reichsrat.

Im Reichsrat unternahm am Montag der Baron v. Thüngen einen Vorstoß gegen die Grundlagen der modernen Rechtspflege, gegen den gleichen Gerichtsstand. Er regte die Wiedereinführung der feudalen Standesgerichte an, indem er auf Grund persönlicher Erfahrungen bezweifelte, daß die bürgerliche Justiz und namentlich die „Justiz ehrbarer Käsekrämer“ fähig sei, sich in den Gedankenkreis freierlicher Rechtsbegriffe hineinzuwenden. — Der Justizminister wies diese Angriffe auf die Justiz mit bemerkenswerter Schärfe zurück und Herr v. Thüngen trat dann den Rückzug an, indem er meinte, er habe nur Anregungen für künftige Reformen geben wollen.

Als Referent des Justizrats forderte der frühere Ministerpräsident v. Crailsheim einen verstärkten Schutz der Streikbrecher. Schon im Anschluß hatte er dabei ohne Namensnennung gegen das Ansitzen des Professorens Brenzanos polemisiert. — Der Justizminister sagte nicht Nein und nicht Ja, sondern vertagte seine Äußerung über diese Frage bis zur allgemeinen Strafrechtsreform im Deutschen Reich. Dagegen stimmte der Justizminister dem bekannten Professor v. Schanz zu, der im Reichsrat schon über die Zurückführung der Justiz gegen die Verwaltung sprach und das Wort sagte: Wer nicht weiterkommen kann, zieht die Richterrobe an!

Türkei.

Der Krieg und die Kammer. In der Kammer kamen am Montag der Großwesir und der Minister des Äußeren zu Wort. Der Großwesir hielt eine Rede über die innere und äußere Politik und stellte im Anschluß daran die Kabinettsfrage. Er hatte die Kammer auf seiner Seite, denn sie sprach dem gesamten Kabinettsrat Beschlüssen mit 194 gegen nur 4 Stimmen aus. Dadurch hat die Kammer, in der seit den Wahlen im April d. J. die Opposition niedergeworfen ist und in der

die Jungtürken die Mehrheit haben, ihre Stellung zur Offiziersmeuterei in Albanien kundgetan. Sie hat gezeigt, daß sie nicht gewillt ist, die Forderungen zu bewilligen und vor den Gegnern zurückzuweichen. Der Großwesir bezeichnete als Programm des Kabinetts in bezug auf den Krieg die unbeschränkte und tatsächliche Anerkennung der Rechte der Türkei. Das Kabinettsrat habe beschlossen, im Kriege zu beharren. (Beifall.) Die Pforte würde die Meerenge der Dardanellen wieder schließen, sobald ein neuer Angriff Italiens auf diese stattfindet. — Der Minister des Äußeren beschäftigte sich in seinem Exposé mit der auswärtigen Lage, die er optimistisch darstellte. Sie sei gegenwärtig tausendmal besser als zu Anfang des Krieges. Der Minister erklärte, er habe die Leitung der auswärtigen Politik übernommen in der Überzeugung, daß die Türkei ein notwendiges Element des europäischen Gleichgewichts sei. Man habe geglaubt, der Krieg würde in 14 Tagen zu Ende sein, indes leiste die Türkei bereits seit zehn Monaten Widerstand. Wir setzen den Krieg fort, weil wir leben wollen und weil die Friedensbedingungen, die der Feind, der uns nicht zu besiegen vermag, uns vorschlägt, unannehmbar sind. Wenn diese Vorschläge eine annehmbare Form annehmen, werden wir uns nicht weigern, sie in Erwägung zu ziehen. Bis dahin werden wir den Krieg fortsetzen. Die freundschaftlichen Beziehungen zu England, die seit Jahrhunderten auf gegenseitigem Vertrauen beruhen, werden trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf normalem Wege fortgeführt. Die traditionellen Beziehungen zu Frankreich haben nichts von ihrer Intimität und Stärke eingebüßt und wir hoffen, daß sie noch gesteigert werden. Aber die Stellung der Türkei zu Deutschland und Österreich-Ungarn sagte der Minister: Es entgeht uns nicht, daß die Situation der Verbündeten unseres Feindes, unserer Freunde Deutschland und Österreich-Ungarn, gegenüber den Kriegführenden eine außerordentliche delikate ist. Die nichtsdestoweniger uns gegenüber seit Beginn des Krieges gelieferten Beweise der Freundschaft verdienen unseren Dank! — In der Debatte sprachen sich zwei albanische Redner gegen die Politik der Regierung aus.

Einlenken der Meuterer? Wie Privatmeldungen aus Monastir bezeugen, hat Tahiar Bei, der Anführer der dortigen Meuterer, einen seiner Genossen zu Schawid Pascha geschickt, um mit ihm über die endgültigen Bedingungen für die Rückkehr zu verhandeln. Dabei soll ein Einverständnis erzielt worden sein, denn bald darauf sei Leutnant Ismael Effendi von der Untersuchungskommission in einem Automobil abgereist, um Tahiar Bei den Entschluß Schawid Paschas mitzuteilen.

Frankreich.

Amnestie in Frankreich. Auf Vorschlag des Justizministers Briand unterzeichnete am Dienstag Präsident Fallières einen Erlass, durch den wegen politischer oder ähnlicher Verbrechen Verurteilten der Rest ihrer abzubühenden Strafe erlassen wird. Unter den Begnadigten befinden sich Herve und eine Anzahl anderer Antimilitaristen. Es wurde der Befehl zu der sofortigen Entlassung der Begnadigten erteilt.

China.

Der längst erwünschte Vorwand. Der russische Gesandte verlangte für die Tötung von hundert mohammedanischen und russischen Untertanen durch chinesische Truppen in der Nähe von Chotan eine Entschädigung und Bestrafung der Schuldigen. Der chinesische Minister des Äußeren erwiderte, er habe von dem Vorfall keine Kenntnis, er werde aber unverzüglich telegraphisch eine Untersuchung anordnen. Es wird erwartet, daß Rußland jetzt gemäß der letzten Note vorgehen wird, worin erklärt wurde, wenn China nicht imstande sei, die Russen in Turkestan zu schützen, werde Rußland die nötigen Maßnahmen ergreifen.

Aus Sibirien und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 17. Juli.

Eine Gemeinheit ohne Gleichen leidet sich der hiesige liberale Stadt- und Landbote. In einem, übrigens von wenig Sachkenntnis zeugenden Artikel über den Parteihaber in England bezeichnet das Blatt die sozialdemokratischen Mitglieder der ersten und zweiten russischen Duma als eine „revolutionäre Sippchaft“, die Väterchen Staatsreich an den russischen Galgen gebracht habe. Fast zur selben Zeit, wo in einzelnen deutschen Bundesstaaten liberale Abgeordnete sich dem Protest der sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten gegen die Gewalttätigkeit der russischen Zensur gegenüber dem soz. dem. Abgeordneten der zweiten Duma angeschlossen haben, bewirkt ein sibirischer liberaler Blatt diese armen Opfer der Zensur mit Schmutz. Ein Hui dieser Sippchaft!

Rut zum Beseandis! Da es vielen organisierten Arbeitern an der Fähigkeit, manchmal auch an der Lust fehlt, ihre Organisationszugehörigkeit zu rechtfertigen oder zu erklären, lautet die Antwort auf die Frage, weshalb sie ihrer Berufsvereinigung angehören, sehr oft ganz einfach: „Was soll ich machen? Meine Kollegen sind in der Organisation und darum muß ich auch hinein.“ Es bleibt mir nichts anderes übrig.“ Es fehlt diesen Leuten der Mut der Überzeugung. Anstatt frei und offen zu erklären, daß sie aus innerer Überzeugung der Organisation angehören, weil sie als Klassenbewußte Proletarier ihre Pflicht tun wollen, statt dessen verziehen sie sich hinter ihre Kollegen und stellen sich an, als ob sie nur dem Druck von außen gewichen seien. Auf diese Weise setzt sich dann in den Köpfen der Proletarierinnen die Meinung fest, daß der Beitritt zur Organisation die Folge eines Zwanges sei. Und wenn dann ein junges Mädchen von seiner Dienstherrenschaft oder von seinem Paternalen gefragt wird, ob sie Arbeiter oder sein Prädikat auch der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft angehört, dann wird geantwortet: „Er muß ja in der Organisation sein, seine Kollegen zwingen ihn dazu.“ Diefelbe Antwort gibt eine Arbeiterin, die zum Schenken oder Reinmachen geht, wenn ihre Madame fragt, ob ihr Mann oder ihr Sohn organisiert sei. Und wenn eine Arbeiterin in der Konsumgenossenschaft konnt, so entschuldigt sie dies manchmal dem Käufer gegen-

Aber, bei dem sie früher ihre Ware entnommen hat, mit d. Ausrede, daß ihr Mann dies haben wolle, weil seine Kollegen es verlangten. Auf diese Weise bekommt das Mädchen vom Koalitionszwang immer neue Nahrung, und d. Glaube an den gewerkschaftlichen und politischen Terrorismus gewinnt immer festere Formen. Dann schützen die höheren Militärs und Fabrikanten ihre weißen Häute und können es nicht begreifen, daß die Arbeiter sich eine solchen untrüglichen Druck ruhig gefallen lassen. Dies ist eine tieftraurige Wahrheit, die man im praktischen Leben tagtäglich beobachten kann. Allerdings macht sich in neuerer Zeit ein allmählicher Umchwung bemerkbar. Immer breitere Schichten proletarischer Herkunft werden sich der Bedeutung und der Notwendigkeit der Organisationsbewußt. Sie fühlen den Wert und den Nutzen des Zusammenschlusses am eigenen Leibe, und immer deutlicher erkennen sie, daß die Opfer nicht vergeblich gebracht werden und daß die Organisationsarbeit nicht erfolglos bleibt. Die großen Vorteile materieller und ideeller Art werden heutzutage auch dem blödesten Auge sichtbar. Zugleich wächst auch das Selbstbewußtsein der organisierten Arbeiter und ihre Stolz auf die Leistungen und die Erfolge der Organisationen. Der Mut der Überzeugung ist freudigerweise im Wachsen begriffen, und heute gibt es schon genug Arbeiter, die nicht nur ihrem Arbeitgeber gegenüber sondern auch ihren Familienmitgliedern freimütig erklären: „Nicht einem Zwange folgend schließen wir uns unsern Organisationen an, sondern aus Überzeugung und Pflichtgefühl.“ In dieser Beziehung muß es noch viel, viel besser werden, dann wird auch endlich das Gerede von dem Koalitionszwang verstummen. Die Scharfmacher und Scharfmachergesellen werden allerdings nach wie vor damit krebsergehen, aber in den Kreisen der Unbeteiligten werden sie keinen Glauben mehr finden. Es ist höchste Zeit, daß die öffentliche Meinung in bezug auf proletarischen Terrorismus gründlich umgemodelt wird. Und hierzu können wir alle an unserm Teil mitwirken, wenn wir bei jeder Gelegenheit, wo es nottut, unsere Organisationszugehörigkeit mit Stolz bekennen.

Personalien. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Neumann hat Senator Dr. Lienaunden den Vorsitz im Polizeiamte und im Stadt- und Landamte übernommen.

Ferienwanderungen. Man schreibt uns: Vom schönsten Wetter begünstigt, fanden bereits eine Reihe von Ferienausflügen statt. Für die letzte Hälfte der Sommerferien sind noch verschiedene Wanderungen angelegt. Am Donnerstag dieser Woche wird ein Ausflug nach Moising-Genin-Bülow unternommen und am Sonnabend nach Rabeburg-Wölln. In der nächsten Woche geht es über Herrsburg und Utecht nach Rabeburg und über Schwartau nach Travemünde. In der letzten Ferienwoche kommt eine Motorbootfahrt auf der Watenitz zur Ausführung, und am letzten Freitag wandern die Knaben nach den Hohemeiler Tannen. Der geplante Ausflug nach Woltenhagen muß ausfallen. Pläne, die ein Verzeichnis aller Wanderungen enthalten, sind in den Kartenverkaufsstellen bei W. Rein, Mühlentstr., und O. Wessell, Moisinger Allee, sowie Dienstags und Freitags nachm. 4-6 Uhr in der Geschäftsstelle für Jugendwandern unentgeltlich zu haben.

Die Arbeiter in der Sommerfrische. Die Zeit ist wieder einmal da, in der viele Menschen daran denken, sich für ein paar Wochen aus dem Lärm und dem Getriebe des Erwerbslebens zurückzuziehen, um für neue Arbeit und neue Kämpfe dort Erholung, Gesundheit und frische Kräfte zu finden, wohin es die Menschen seit altersher zieht: in die Natur. Freilich, für den Arbeiter kommt eigentlich die bloße Erwähnung einer solchen Erholungsreise kaum in Betracht, weil er meistens überhaupt keinen Urlaub hat. Immerhin gibt es heute schon eine Reihe von Betrieben, die ihren Arbeitern Urlaub gewähren, wenigleich dann der Arbeiter wenig Gebrauch davon machen kann, da er kein Geld hat, um mit Frau und Kindern eine durchaus notwendige Luftveränderung vorzunehmen. Will der Arbeiter zu einer Erholung kommen, so muß er, so widersinnig es ist, erst erkranken, um sodann die soziale Gefesgebung in Anspruch nehmen zu können. Für Frau und Kinder ist dabei noch immer nicht gesorgt, und die haben es doch nicht minder nötig als das Familienoberhaupt. Vielfach ist der Arbeiter wie der sogenannte „kleine Mann“ überhaupt von dem Gedanken beherrscht, daß eben nur der Reiche und der Wohlhabende eine Reise machen könne, weil der durch nichts als die dumme Gewohnheit der plutokratischen Kreise geheiligte Glaube entstanden ist, daß man sich nur erholen kann, wenn man recht viel, recht teuer und recht weit reist. Dabei warnen moderne, einflussreiche Gesundheitslehrer bereits vor dem vielen Umherreisen und reden einer ruhigen Erholung in irgendeinem stillen Erdwinkel das Wort. Sehen wir zu, ob dabei nicht auch etwas für die Erholungsreise der Arbeiterfamilie zu gewinnen ist. Die Hauptsache ist natürlich, erst einen Urlaub haben, und wo das noch nicht ist, da heißt es, sich ihn mit allen Kräften erkämpfen. Man darf annehmen, daß in zehn Jahren, wenn nicht früher, der Arbeiterurlaub sich derart eingebürgert hat, daß er als ganz selbstverständlich gilt. Wo hin? Das ist die erste Frage. Man braucht nicht in die weiteste Ferne zu schweifen, wenn das Gute, das auch billig sein muß, nahe liegt. 100 Kilometer Bahnfahrt, ja 50, mitunter noch weniger, genügen meistens schon, um den Keiselustigen seinen alltäglichen Verhältnissen zu entfliehen und ihm eine völlig neue Welt zu erschließen. Hundert Kilometer können den Menschen der Ebene ins Gebirge, den vom flachen Land an die weite See bringen. Das bedeutet bei Benutzung der ersten Klasse von unten“ eine Fahrtausgabe von 4 M. pro Person hin und zurück. Kinder bis zum vollendeten 4. Lebensjahre sind frei; für Kinder vom vollendeten vierten bis zum vollendeten zehnten Jahre wird ungefähr der halbe Fahrpreis berechnet. Danach kann man sich die Fahrkosten genau zusammensetzen. Die zweite größere Ausgabe ist die Wohnungsmiete. Selbstverständlich wird man sich nicht in volle Pension geben, die unter 8 Mk. nirgends mehr zu haben ist. Man wird sich ein Zimmer mit Küche oder Küchenbenutzung nehmen und dafür in kleineren und mittleren Sommerfrischen nicht mehr als 7 bis 10 Mk. die Woche bezahlen; das macht in 14 Tagen etwa 15 bis 20 Mk. Weitere Ausgaben entstehen eigentlich gar nicht. Denn für die Küche wird nicht mehr gebraucht als daheim. Auch für die Ausflüge, Vergnügungen, Bier, Zigarren und Sonstiges wird nicht mehr ausgegeben als zu Hause. Will man ein übriges tun, so rechne man einen Sommerfrischenzuschlag von 15 Proz. auf die heimatischen Ausgaben. Hier soll bei der Kocherei von vorn herein auf einfach zubereitende Speisen gesehen werden, damit die Frau auch wirklich etwas von der Sommerfrische hat und nicht den ganzen Tag am Herd stehen muß. Die Angst um die ganze Garderobenausgabe ist auch ganz unbegründet. Man reist ja nicht in die „Sommerfrische“, um dort stets im Festtagsgewande herum zu laufen, was namentlich für die Kinder ein Grauel ist. Vielfach wird die Frau so geschickt sein, daß sie für sich und die Kinder mindestens einen Teil der Kleidung billig herstellt. Und der Herr Gemahl kann sich mit 15 bis 20 Mk. wie ein eng- lischer Lord“ ausstatten. Jedes anständige Kleidergeschäft

liefert ihm für diesen Preis einen modernen und leichten Sommeranzug, sei es blaues Jackett und helle Hose, sei es ein Touristenanzug. Und derartige Ausgaben sind ja nicht wegwerflich. Nehmen wir also an, ein Arbeiter will und kann vor allen Dingen für 14 Tage ausspannen und fährt mit Frau und drei Kindern 100 Kilometer ins Land hinein, so wird ihm das eine Extraausgabe von etwa 50 Mk. verursachen. Das ist für einen kleinen Haushalt gewiß eine gewaltige Summe. Aber man überlege, ob man im Laufe des Jahres nicht dieses Sümchen zusammenbringen kann, großem und marthem durch Verzicht auf gewisse überflüssige Genüsse oder deren Einschränkung. Diese Vorschläge sind nicht utopisch. Die Arbeiter anderer Länder sind schon vorangegangen. In Ostende, einem der teuersten belgischen Seebäder, haben belgische Arbeiter sich ein eigenes Volksheim geschaffen, das bald zehn Jahre besteht. Der Stuttgarter Arbeiterschaft ist es gelungen, sich ein eigenes Walderholungsheim zu errichten, in dem Männer, Frauen und Kinder sich erholen können. Bei derartigen genossenschaftlichen Unternehmungen fällt natürlich die Sorge des einzelnen um Wohnung und Essen fort. Und schließlich ist auch ein großer erhabener Gedanke voll ungeheurer verbender Kraft dabei, nämlich, daß solche Einrichtungen aus eigenen Mitteln geschaffen werden können, für die man späterhin niemand mehr zu danken braucht. Mögen heute noch 99, die derartige Vorschläge lesen, ausrufen: Unmöglich! Der Hundertste versucht es, es gelingt ihm, er wird Nachahmer finden und so den Grund legen zu herrlichen Zukunftsbauten, die sich einmal auf durchaus realer Grundlage erheben werden.

Ein kleines Schadenfeuer entstand gestern Abend in dem früheren Steigerturm der Feuerwehr am Alten Schragen, der jetzt als Lagerraum benutzt wird. Das Feuer wurde schnell gelöscht.

R. Schöffengericht. Sitzung am 16. Juli. Von dem Maler F. aus Hamburg lebt hier ein uneheliches Kind, dessen sich die Armenverwaltung angenommen hat. Wiederholt ist er aufgefördert worden, für das Kind zu sorgen. Dann versprach er auch jedesmal, Geld bis zu einem bestimmten Tage einzuliefern, hat jedoch keine Verprechen nicht gehalten. Vor dem hiesigen Schöffengericht gab er an, daß er vielfach krank und arbeitslos gewesen sei, jedoch er nicht in der Lage war, das Geld zu zahlen. Außerdem habe er auch Schulden beglichen müssen. Der Angeklagte wurde zu vierzehn Tagen Haft verurteilt. — Weiter hatte sich der Kutcher R. wegen Unterschlagung zu verantworten. Der Angeklagte wurde aus der Haft vorgeführt. Im Frühling d. J. war er bei einem hiesigen Fuhrwerksbesitzer in Stellung und hatte eines Tages einen Reisenden zu fahren. Dafür erhielt er den Betrag von 14,40 Mk., den er an seinen Dienstherrn abzuliefern hatte. Das tat er jedoch nicht. Vielmehr machte er sich einen vergnügten Abend und am andern Tage gelang es gleichgültig seinem Dienstherrn ein, daß er das Geld für sich gebraucht hatte. Darauf setzte ihn der Fuhrwerksbesitzer an die Luft. Das Gericht verurteilte den jungen Betrüger, der bereits wegen Logischwindel vorbestraft ist, zu zehn Tagen Gefängnis.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 16. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 22½, Luft 17, morgens 10 Uhr: Wasser 23, Luft 24; mittags 12 Uhr: Wasser 24, Luft 26; abends 6 Uhr: Wasser 25, Luft 24 Grad Celsius.

Handelsregister. Am 16. Juli 1912 ist eingetragen bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma W. I. H. Dräger u. Co. in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter R. G. W. Dräger in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma. Dem R. F. Schmalz in Lübeck ist Procura erteilt.

Konkursöffnung. über das Vermögen des Schlachtermeisters F. H. Adolf Schmidt in Lübeck, Lindenstr. 36, ist am 16. Juli 1912, nachmittags 1 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der Kaufmann W. G. Möller zum Konkursverwalter ernannt worden.

pb. Einbruch. Am 16. d. M., nachmittags zwischen 5 und 7 Uhr, sind aus dem Hause Falkenwiese Nr. 14 mittels Einbruchs gestohlen worden: 1 blauer Jackettanzug, 1 grauer Jackettanzug, 1 schwarze Chedothose, 1 schwarze Tuchhose, 1 schwarze Tuchweste, 3 silberne Schlüssel, 3 silberne Forken, 1 amerikanische Stetshuhr, 1 Sommerüberzieher, 1 Schloßkorb mit grauem Leinen überzogen. Der Schloßkorb wurde leer auf einem Hausflur in der Fischergrube gefunden.

pb. Wo ist der Hund? Am 16. ds. Mts., vormittags gegen 11 Uhr ist aus einem an der Parkstraße gelegenen Hause ein braun und braungesprenkelter Jagdhund, sogenannter Brauntieger, entlaufen. Der Hund hat am linken oberen Vorderlauf eine Narbe. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß eine beim Abbruch der Buden auf dem Volksfestplatz tätige Person den Hund an sich gelockt hat.

Ertrunkene. Ertrunken. Bei einer Segeltour in See kenterte gestern das mit dem Besizer und seinen beiden Kindern besetzte Boot des Lotsen Wulf. Der 6jährige Sohn ertrank hierbei.

Hamburg. Die „Victoria Luise“ hat gestern Hamburg verlassen, um nach Frankfurt a. M. überzuseheln. Gestern früh 9¼ Uhr stieg es von hier auf und landete vormittags 10¼ Uhr in Frankfurt. Es hat also nur 7¼ Stunden für die Fahrt gebraucht. — Beim Baden ertrunken. Am Montag Abend ertrank im Süderkanal der in der Sachsenstraße 88 wohnende Bahnarbeiter Ossen, der im Kanal badete. Der Mann scheint plötzlich einen Herzschlag bekommen zu haben, denn er verschwand im Wasser, ohne wieder an die Oberfläche zu kommen. Die Leiche des Ertrunkenen ist bisher nicht geborgen. — Ein großes Feuer brach in der Nacht zum Dienstag auf einem Zimmerplatz am Silberweg aus. Die auf dem Platz lagernden Sachen wurden sämtlich vernichtet. Zum Glück gelang es, die hinter dem Platz liegenden Wohnhäuser zu schützen.

Stel. Ertrunken ist im Kriegshafen ein Hornist vom Linien Schiff „Schlesien“, der von einer Backspiere aus Tauchübungen machte. Zwar gelang es, den Verunglückten durch Taucher über Wasser zu bringen, doch waren Wiederbelebungsversuche des leblosen Körpers ohne Erfolg.

Seide. Beim Baden ertrank in einer Mergelgrube ein 18jähriger Streckarbeiter in Haferswich. Die Polizeiverwaltung in Heide verbot das Baden und Schwimmen im Ziegelhorteich, da dort innerhalb weniger Tage zwei Menschen ertrunken sind.

Wägen. Durch eine Senze schwer verletzt wurde hier das vierjährige Kind des Bahnbeamten Klock. Als der Vater auf der Wiese mit Mähen beschäftigt war, geriet das Kind direkt in die Senze hinein. Ihm wurde das eine Bein um das Knie herum zu einem großen Teil abgeschnitten. Die sofort herbeigerufene Gemeinbeschwerter legte einen Notverband an, um eine Verblutung zu verhindern. Später wurde das Kind in ärztliche Behandlung genommen.

Dömitz. Aus Eifersucht erstochen. Sonntag Abend gegen 11 Uhr wurde der Patronenmacher August Tiede von seinem Arbeitskollegen Seidel erstochen. Während eines Tanzvergnügens getreten sie um ein Mädchen in Hand. Seidel brachte das Mädchen nach Hause, von Tiede ver-

folgt. Untermwegs standen sich die beiden Rivalen gegenüber und wahrscheinlich im Streit hat Seidel den Tiede erstochen. Seidel wurde verhaftet.

Fürkberg. Vom Schnellzug überfahren. Eine Anzahl Schmitter, welche aus der Richtung Straßund hier anfahren, hielten sich, als der Berliner Schnellzug eintraf, auf dem Gleise der Station auf. Einem von ihnen gelang es nicht, rechtzeitig über die Schienen zu kommen, der Schnellzug brauste heran und überfuhr den Schmitter, der sofort tot war.

Bismar. Großfeuer. In der Nacht sind in Larnemig bei Klitz, wie gestern schon kurz berichtet, 18 Gebäude niedergebrannt. Das Feuer entstand gegen ½ 2 Uhr nachts beim Erbpächter Lütjohann, wo eine Scheune brannte. Ferner brannten ab bei der Witwe Wichmann Scheune und Stall, beim Schulzen Wichmann das gesamte Gehöft mit Schweinen, Kälbern und Hühnern. Außerdem sind das Gehöft des Wüblers Duwe, die Scheune des Erbpächters Kruse und des Erbpächters Dankert sowie des letzteren Viehhaus durch das Feuer vernichtet worden. Die Bismarcei Qualmann brannte ebenfalls nieder.

Kostock. Bäcker streik. In einer am Dienstag dem 16. Juli, stattgefundenen Versammlung der Bäckergesellen Kostocks wurde beschlossen, in den nichtregulierten Betrieben die Arbeit niederzulegen. 18 Betriebe mit 40 Gesellen haben die Forderungen anerkannt! Zuzug ist fernzuhalten!

Bremen. Die Lohnbewegung der Hafnarbeiter beendet. Schon kürzlich wurde darüber berichtet, welche Erfolge die nichtständigen bremischen Hafnarbeiter bei den Tarifverhandlungen errungen haben. Jetzt haben auch die Verhandlungen wegen der im festen Arbeitsverhältnis stehenden Stauerarbeiter ihren Abschluß gefunden. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der diesen Arbeitern eine Lohnerhöhung von 2 Mk. pro Woche bringt. Der Anfangslohn wurde um 3 Mk. pro Woche erhöht. Ferner wird je nach Dauer der Beschäftigung ein Sommerurlaub von drei bis sechs Tagen gewährt, im übrigen gelten für diese Gruppe die Bestimmungen des allgemeinen Tarifs. Bemerkenswert ist, daß sich die Unternehmer bisher weigerten, die Organisation als die Vertreterin der im festen Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter anzuerkennen. Das „feste Verhältnis“ hat die Arbeiter ebenso wenig gebindert, sich der Organisation anzuschließen, wie die sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen, die den Arbeitern eine Prämie von 50 Mk. nach ununterbrochener fünfjähriger Tätigkeit gewähren. In dieser Einrichtung hat das Unternehmertum kein Interesse, deshalb soll die Prämie nunmehr wegfallen. — Am 1. Mai 1913 tritt die neunstündige Arbeitszeit in Kraft. Alle Tarife haben bis 30. Juni 1914 Gültigkeit. Die Bremer Seelente haben auch Forderungen eingereicht, die Keeder hielten aber nicht für notwendig, darauf zu antworten, sie haben nur die Hamburger Bestimmungen über die Überstunden eingeführt.

Selgoland. In Notwehr erschossen? Montag nacht zwischen 11 und 12 Uhr wurde der frühere Schornsteinfeger Dehler im Oberlande von zwei Betrunkenen überfallen und mit Knippen mißhandelt. In der Notwehr verwundete er einen Angreifer durch einen Schuß in den Unterleib schwer, so daß dieser eine halbe Stunde später starb. Eine spätere Meldung besagt: Der von dem Schornsteinfegermeister Dehler erschossene Maurer heißt Giesecke; er ist verheiratet und Vater von drei unversorgten Kindern. Der Täter wurde verhaftet.

Kommunales.

Die sozialdemokratische Badeanstalt. Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen — was in diesen Tagen der Juli bis noch wichtiger ist — kühlen Rhein! entschied die Stadtvertretung des rheinischen Städtchens Godesberg. Die mackeren Väter dieser Stadt hatten sich mit einer Eingabe des Gewerkschaftskartells und des Sozialdemokratischen Vereins zu beschäftigen, in der erlucht wurde, man möge während der Sommermonate zu bestimmten Tagesstunden die städtische Badeanstalt am Rhein unentgeltlich öffnen. Die Eingabe führte begründend aus, ein tägliches Bad sei in diesen heißen Tagen auch für die ärmeren Bevölkerungsschichten ein Bedürfnis. Der hohe Eintrittspreis von 50 und 30 Pf. hindere aber den weitaus größten Teil der Einwohnerschaft, dieser Wohlthat teilhaftig zu werden. Als der Antrag verlesen wurde, ging ein Raunen des Unwillens durch die versammelte, aus ferndeutschen Patrioten bestehende Körperschaft. Der „freie“ deutsche Rhein war zum zweiten Male zu verteidigen — diesmal gegen den bössartigen inneren Feind. Und der gefährliche Augenblick fand ein großes unerschrockenes Geschlecht. Die Philister formierten sich in Abwehr-Ordnung und lehnten gegen die Stimme eines Schmeide-meisters den Antrag ab. Unter den Begnern des Antrages befanden sich auch drei Ärzte. Einer der würdigen Stadtvertreter glaubte in der Abwehrbewegung noch ein übriges tun zu müssen. Er tat den denkwürdigen Ausspruch: „Wir wollen keine sozialdemokratische Badeanstalt!“ Damit war die Gefahr beseitigt, daß durch den Ansturm der roten Kotten der deutsche Rhein etwa eines schönen Tages sich den Sommerbummlern, die jetzt seine Ufer unsicher machen, in roter Färbung hätte präsentieren können! Wenn so ein Koter in die heiligen Fluten des teuren Stromes untertauchen will, möge er vorher seinen Obolus entrichten. So wollen es die Gerechtigkeit und die Väter der Stadt Godesberg am freien deutschen Rhein!

Soziales.

Die Delegationskosten zu einem Krankenkassenkongress können von der Krankenkasse getragen werden, sofern nur die Mitglieder damit einverstanden sind. Der Vorstand der kaufmännischen Krankenkasse „Merkur“ in Breslau hatte zu dem im Jahre 1910 in Warmen stattgefundenen Kongress des Verbandes kaufmännischer Krankenkassen Deutschlands den Vorsitzenden Karl Theumer als Delegierten entsandt und ihm 128 Mk. Reisekosten bewilligt. Darauf wurde in einer polizeilichen Verfügung dem Kassenvorstande aufgegeben, den Betrag der Kasse wieder zuzuführen. Diese Verfügung foßt der Kassenvorstand im Verwaltungsstreitverfahren an und das Ober-Verwaltungsgericht hat jetzt dahin entschieden, daß der Polizeipräsident zu einer solchen Verfügung nicht berechtigt sei; nur die Kassensmitglieder hätten das Recht, gegen den Vorstand Klage zu erheben. Nun ordnete der Polizeipräsident eine außerordentliche Generalversammlung an, welche sich mit der Frage zu beschäftigen hatte, ob die Mitglieder gegen den Vorstand den Rechtsstreit erheben wollen. Die Mitglieder waren vernünftig genug und lehnten den Klageweg ab.

Sine seine Gesellschaft. Die Versicherungsgesellschaft Humanitas in Straßburg i. G. verspricht in ihren Prospekten den Versicherten, sie in Krankheitsfällen vor Hunger und Glend zu schützen. Wie sie das macht, sei an nachstehenden Fällen gezeigt. Ein Handwerksmeister versicherte sich gegen eine Monatsprämie von 5,20 Mark für

Krankheiten und Unfälle. Er sollte bei Arbeitsunfähigkeit 2,50 Mark pro Tag erhalten. Außerdem sollten ihm Kräfte- und Apothekenkosten ersetzt werden. Als er nun 8 Tage krank war, bekam er anstatt einer Entschädigung in Geld eine Prämien-Quittung auf 4 Monate im voraus. Ein anderer Geschäftsmann zahlte ebenfalls 5,20 Mk. pro Monat und war zu den gleichen Bedingungen versichert. Als er an Gelenkrheumatismus erkrankte, erhielt er am 10. Tage die Aufforderung, sich ins Krankenhaus zu begeben, widrigenfalls die Gesellschaft keine Zahlungen mehr leisten wolle. Der Mann, der verheiratet ist und Kinder hat, lehnte diese Zumutung ab. Darauf weigerter sich die Versicherungsgesellschaft Humanitas, weiter eine Entschädigung zu zahlen. Sie schickte wieder eine Prämien-Quittung im voraus für die anerkannten 12 Tage. Zugleich mußte der Erkrankte Arzt und Apotheker selbst bezahlen. Für die weiteren 14 Tage seiner Krankheit bekam er überhaupt nichts, weil er sich den Anordnungen der Direktion nicht gefügt hat. In ihren Prospekten schreibt die Gesellschaft wörtlich: „Arbeiter, Handwerker, Kaufleute, schließt euch und die Euren vor Hunger und Glend in Krankheitsfällen dadurch, daß ihr der Versicherungsgesellschaft Humanitas beitretet.“ Das wirtliche Verhalten dieser Gesellschaft in Krankheitsfällen ist der reinste Hohn auf diese Worte, da man sich doch für die Vorausprämien-Quittungen kein Stück schwarzes Brot kaufen kann. Als ein Agent infolge dieser Vorfälle die Agentur niederlegte, wurde jeder Versicherte benachrichtigt, daß die Direktion „aus wichtigen Gründen dem Agenten die Vertretung entzogen“ habe. Der Agent konnte eine Verchtigung dieser Verächtigung trotz wiederholter Zuschrift bis heute nicht erwirken.

Das Geschäft der privaten Feuerversicherung im Jahre 1911. Das Feuerversicherungsgeschäft hatte im vergangenen Jahre reichlich Entschädigungen zu zahlen. Es bietet deswegen eine sehr gute Möglichkeit, zu kontrollieren, ob die Feuerversicherungsgesellschaften und auch die auf Gegenseitigkeiten trogdem verbinten. Von welchem Umfang heute das deutsche Feuerversicherungsgeschäft ist, zeigt schon die hohe Zahl von 86 Aktiengesellschaften und 21 Gegenseitigkeitgesellschaften, die sich sämtlich, zum Teil sogar ausschließlich mit der Versicherung gegen Brandschaden beschäftigen. Die 57 Gesellschaften zahlten 1911 90 053 300 Mark für Brandschaden aus. Gegenüber 1910 ist das ein Mehr von 24 497 247 Mark; nur ein Teil des Mehr aus 1911 läßt sich aus dem natürlichen Zuwachs an Feuerversicherungen überhaupt ableiten, der andere Teil der Mehrauszahlungen gegenüber 1910 resultiert von dem heißen Sommer 1911 und seiner Trockenheit. Besonders interessant und zugleich charakteristisch für die Geschäfte der privaten Versicherungsgesellschaften ist, daß sie an Ausgaben für Provisionen und Bezüge an die Agenten insgesamt 27 764 833 Mark hatten. Also ¼ von der gesamten Summe der wegen Brandschaden ausgezahlten Versicherungen! Für Feuerlöschzwecke, also gewissermaßen für Vorbeugungsmaßregeln gaben die 57 Feuerversicherungsgesellschaften zusammen 2 349 056 Mark aus. Der Gesamtüberschuß an dem Feuerversicherungsgeschäft betrug — nach Abrechnung jeder Unkosten — 3 694 643 6 Mark. Die Kapitalreserve der 57 Gesellschaften erreichte 1911 die Summe von 142,1 Millionen Mark! Alles in allem beweist, welche finanzielle Macht und nicht zuletzt was für Riesengewinne im Versicherungsgeschäft aufgestapelt werden. Hier kann und muß in jeder Hinsicht Wandel geschaffen werden, den Genossenschaften blüht da noch eine große Aufgabe. Neben der „Volksfürsorge“ haben wir jetzt auch schon die genossenschaftliche Feuerversicherung, sie bedarf nur noch des Ausbaues und Wachstums, um auch in der Hinsicht den Arbeiter von finanzkapitalistischer Ausbeutung zu befreien.

Aus dem Gerichtssaal.

Auch ein Seelforger. Wegen Angriffs auf die Schamhaftigkeit von Kindern in vier Fällen verurteilte das Luzemburger Jugendpolizeigericht den Kaplan Braun von Esch zu zwei Jahren Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre.

Freigesprochen. Aus Metz wird berichtet: Das Kriegsgericht der 8. bayrischen Infanteriebrigade hat am Montag den Hauptmann Westermayer von der 7. Kompanie des 8. bayrischen Infanterie-Regiments in Metz von der Anklage freigesprochen, durch Überanstrengung bei dem Manöver bei Mörchingen im Mai d. J. den Tod mehrerer Soldaten verursacht zu haben. Die Verhandlung erfolgte wegen Gefährdung militärisch-dienstlicher Interessen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Todesmarsch von Mörchingen verursachte seinerzeit berechtigtes Aufsehen. Und nun diese Freisprechung!

Militärische Ehrenrechtsjustiz in Rußland. Das Marinekriegsgericht in Sebastopol hat über die Aufwiegelei der Mannschaft zur Besatzung des Panzerkreuzers „Jean Stalowski“ verhandelt. Zehn Matrosen sind zur Todesstrafe und fünf zu sechsjähriger Zwangsarbeit verurteilt worden.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 16. Juli. Auftrieb 6400 Schweine. Markt sehr langsam überhand — Stüd.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Besse schwere reines Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 72,— bis 73,— (57,50 bis 58,50 Mk.), Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 71,— bis 72,— (57,— bis 57,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 72,00 bis 73,00 (56,00 bis 57,00 Mk.), Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 72,— bis 73,— (56,— bis 57,00 Mk.) Feinere Ware, Tara 24 Proz., 64,— bis 70,— (48,50 bis 53,—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 67,— bis 68,00 (53,50 bis 54,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 20 Prozent 60,00 bis 65,00 (47,00 bis 50,50) Mk.

Quittung.

Für die Parteikasse gingen ein:
Vom Dampfer „Stodsborg“ . . . 0,90 Mk.
Vom Dampfer „Deeford“ . . . 0,90 „
Für das Jugendheim gingen ein:
Vom Dampfer „Mignon“ . . . 2,25 Mk.
Vom Dampfer „Castor“ . . . 0,60 „
Vom Dampfer „Elbe“ . . . 2,00 „

Das Parteisekretariat:
Bromme.
Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Aus der Partei.

Schmung eines sozialdemokratischen Stadtverordneten
Das „Sächsisches Volksblatt“ teilt folgendes mit: Der Stadtverordnete Müller in Auerbach vollendete kürzlich sein 70. Lebensjahr, und da er ununterbrochen 37 Jahre dem Stadtverordnetenkollegium zu Auerbach angehört, ist dort die Errichtung einer Heinrich-Müller-Stiftung mit einem Stiftungskapital von 2500 Mk. beschlossen worden. Die Zinsen hiervon sollen bedürftigen Schulförnern von Auerbach zugute kommen. — Es dürfte in Sachsen das erste Mal sein, daß ein Sozialdemokrat von einer bürgerlichen Stadtverwaltung in solcher Weise geehrt worden ist. Heinrich Müller war der erste Vertrauensmann in Auerbach; er bekleidete dieses Amt von 1873 bis in die Mitte der neunziger Jahre. Alle Arbeiten für die Partei wurden von ihm gewissenhaft und mit viel Geschick ausgeführt. Besonders bei den Reichstagswahlen ließ er seine Stimmzettel stehen und arbeitete eifrig für die Partei. — Wenn einem Sozialdemokraten bei Lebzeiten von seinen politischen Gegnern ein derartiges Denkmal gesetzt wird, so ist das eine Anerkennung einer Tätigkeit für das Wohl der Stadtgemeinde.

Die Partei in Schwarzburg-Rudolstadt. Am Sonntag trat in Blankenburg i. Th. der aus 42 Orten bestehende Parteitag von Schwarzburg-Rudolstadt zusammen. Der Bericht des Landesvorstandes zeigt, daß das vergangene Berichtsjahr, das so reich an Kämpfen und Erfolgen war, auch in organisatorischer Beziehung sehr gute Resultate zu verzeichnen hat. Die Zahl der Ortsgruppen stieg von 84 auf 42, die Mitgliederzahl auf 2336, davon sind 109 weibliche. Sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder haben wir in 27 Orten 53, Stadtverordnete in 8 Städten 14. Es wurden 287 Volksversammlungen abgehalten, 14 000 Kalender, 133 000 Exemplare Flugblätter verteilt. Die „Gleichheit“ wird in 140, die „Arbeiter-Jugend“ in 55 Exemplaren gehalten. Der Massenbericht war ebenfalls ein erfreulicher. Außer einem Beitrag von 2000 Mk. aus der Parteikasse in Berlin hat die Landeskasse alle Unkosten der im Berichtsjahr stattgefundenen Landtagswahlen und der Reichstagswahl selbst zu tragen vermocht. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren in Höhe von 10 922,30 Mark, der Vermögensbestand beträgt 1759,22 Mk. Bezüglich der Bildungsbestrebungen ist zu berichten, daß man mehr als bisher bestrebt sein wird, Fortschritte zu erzielen. In 10 Orten ist es gelungen, gemeinsam mit den Gewerkschaften Bildungsausschüsse zu gründen. In der Frage der Jugenderziehung liegen die Dinge in Schwarzburg-Rudolstadt noch sehr schwierig. Arbeitersekretär Genosse Otto empfahl, um in dieser Beziehung vorwärts zu kommen, an allen Orten mit den Arbeitervereinen in Verbindung zu treten, um endlich etwas Positives zu erzielen. Bezüglich der Schaffung einer gemeinsamen Parteipresse mit Schwarzburg-Sondershausen vertritt der Vorstand den Standpunkt, daß nach Lage der Sache an eine solche Gründung vorläufig nicht zu denken sei. Nach dem einstimmig genehmigten Vorstandsbericht hielt der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Arthur Hofmann, einen instruktiven Vortrag über die vergangene Reichstagswahl. Eine ausgedehnte Debatte rief der Punkt „Presse“ hervor. Das in Saalfeld erscheinende „Volksblatt“ hat zurzeit 7000 Abonnenten, davon 3250 in Schwarzburg-Rudolstadt. Ein wunder Punkt ist das Porto an die kleineren Filialen, das im letzten Jahr über 5000 Mark betrug und den Etat des Blattes sehr belastet. Über den deutschen Parteitag referiert Gen. Hartmann. Besondere Bedenken bestehen hinsichtlich des einheitlichen Monatsbeitrages von 40 Pfg., da für Schwarzburg-Rudolstadt noch ein Monatsbeitrag von 20 Pfg. besteht. Als Delegierter zum deutschen Parteitag wurde Gen. Schlie-Frankenhäusen gewählt.

Vor den Gemeindevorständen in Göppingen, die am 11. Dezember vorigen Jahres stattfanden, waren Stimmgeldzettel verbreitet worden, die eine andere Stimmenhäufung vorschlugen, als in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschlossen worden war. Bei dem Proportionalwahlverfahren in Württemberg hat der Wähler das Recht, innerhalb eines Wahlvorschlages dem zur Wahl vorgeschlagenen mehrere Stimmen, und zwar bis zu drei, zuzuführen. Die Parteiversammlung hatte beschlossen, daß die Kandidaten Schirmer und Frank je zwei Stimmen, die Kandidaten Rente und Ehrhardt je eine Stimme erhalten sollten. Nach den geänderten Zetteln sollten Schirmer eine weitere Stimme, Ehrhardt aber zwei weitere Stimmen erhalten, sodas die Genossen Frank und Rente ausschieden. Die Herausgabe geänderter Stimmgeldzettel führte zur Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen vier Genossen, welche an der Verteilung der Stimmgeldzettel beteiligt gewesen sein sollten. Der Herausgeber der Stimmgeldzettel ist bis heute noch nicht ermittelt. Das Schiedsgericht, das am 12. Juli unter dem Vorsitz des Genossen Müller-Berlin in Göppingen tagte, stellte einstimmig fest, daß zwei der angeschuldigten Genossen eine Verbreitung der abgeänderten Stimmgeldzettel nachgewiesen werden konnte. Die Genossen Huttelmayr und Weber gaben zu, abgeänderte Stimmgeldzettel verteilt zu haben. Beide erklärten, daß sie glaubten, dazu berechtigt gewesen zu sein, und daß sie ihr Verhalten auch nicht bedauerten, trotzdem am Tage der Wahl vor Abgabe geänderter Stimmgeldzettel gewarnt worden war. Das Schiedsgericht erblieke in dem Vorgehen der Genossen Huttelmayr und Weber keine ehrlose Handlung, aber es entschied mit vier gegen drei Stimmen, daß ein beharrliches Zuwiderhandeln gegen den Beschluß der Parteioorganisation vorliege, durch das das Interesse der Partei geschädigt wurde. Nachdem ein Antrag auf Ausschluß aus der Partei abgelehnt worden war, erkannte das Schiedsgericht gegen beide Genossen auf Ausschließung von Vertrauensämtern für die Dauer von zwei Jahren.

Sozialistische Blindenliteratur. Von der „Neuen Zeit“, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Sprache ist die Nr. 5 des 3. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Kapitalistische Sozialreform. Von Luise Zieg. Vom Wozok Militarisismus. Von B. Richter. Aus der Gegenwart. Ein preußisches Kulturbild. Streikjustiz. Verteidigungs- oder Eroberungskrieg? Blindenwesen. Hierzu die wissenschaftliche Beilage. Der Abonnementpreis der in Braillescher Kurzschrift gedruckten Zeitschrift beträgt bei sechsmonatlicher Erscheinung jährlich 3,60 Mk. für Deutschland und Österreich-Ungarn und 4,50 Mk. für die übrigen Staaten. Anfragen und Bestellungen sind an A. Wenzel, Berlin N. 89, Sprengelstraße 1, zu richten. Das Blatt wird nicht im Buchhandel vertrieben, sondern kann nur durch die obige Stelle bezogen werden. Die Parteigenossen werden gebeten, die ihnen etwa bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen.

Gewerkschaftsbewegung.

Beratungen über einen Reichstarif für das Schneidergewerbe. Beim Abschluß der letzten Tarifbewegungen im Schneidergewerbe wurde von den Unternehmern die Schaffung eines Reichstarifs für das Schneidergewerbe angeregt. Schließlich kam ein Beschluß zustande, nach dem die Unternehmerorganisation und auch die Arbeiterverbände verpflichtet wurden, den Unparteiischen Vorschläge einzureichen, die die Grundlage für einen Reichstarif bilden sollten. Diese Vorschläge bildeten den Beratungsgegenstand einer am 15. Juli in Erfurt tagenden Konferenz, an der die drei Unparteiischen, Gewerbegerichtsrat Dr. Brenner-München, Syndikus Dr. Saller-Frankfurt a. M. und Magistratsrat v. Schulz-

Berlin, sowie die Hauptvorstände des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes, des Deutschen Schneiderverbandes, des Gewerbevereins der Schneider (D.) und des Christlichen Schneiderverbandes teilnahmen. Auf der Konferenz legten die Unparteiischen den Vertretern des Unternehmerverbandes und der Arbeiterverbände nachstehende Bedingungen als Grundlage für einen zu schaffenden Reichstarif vor: I. Ab 1. März 1916 sollen alle einzelnen Tarifverträge zu einem Reichstarifvertrag zusammengefaßt werden, der bis zum letzten Februar 1920 unter Ausschaltung aller Streiks und Aussperrungen gelten soll. Wenn nicht drei Monate vor Ablauf eine Kündigung erfolgt, so soll der Reichstarif jeweils auf ein Jahr weiter laufen. II. In der Zeit bis zum 1. März 1916 besteht die selbsterhobene Handlungsfreiheit. III. Zur Vorbereitung des Reichstarifvertrages soll eine einheitliche Regelung der Extrarbeiten und der sonstigen im § 22 des Generalvertrages benannten Fragen tunlichst erzielt werden. Hierbei ist der Arbeitgeberverband gehalten, folgende Mindestforderungen zu gewähren: a. die Arbeitszeit darf zehn Stunden nicht überschreiten; b. Journaturen sind zu liefern oder zu vergüten; c. Zuschläge für Heimarbeit werden grundsätzlich als berechtigt anerkannt; d. vorchriftsmäßige Betriebswerkstätten sind zu fördern; e. Extrarbeiten sind systematisch nach Maßgabe der darauf verwendeten Zeit zu bezahlen; f. Doppeltarife sind einzuschränken und allmählich zu beseitigen; g. für Uniform- und Damenschneider ist ein Lohnstarifmüller zu schaffen. Zur Beratung und Feststellung wird eine Spezialkommission aus Vertretern sämtlicher Vertragsparteien zusammengetreten. IV. Wird über die Fragen zu III eine Einigung bis 1. Januar 1916 nicht erzielt, so ist die Angelegenheit längstens bis 15. Januar 1916 einem Kollegium von drei Unparteiischen zu unterbreiten, welches auch berechtigt ist, einen Schiedspruch zu fällen. Dieser Schiedspruch unterliegt der Beschlussfassung der Vertragsparteien, dieselbe hat längstens bis 1. Februar 1916 zu erfolgen. V. Die Tarifverträge, welche bis 1. Dezember 1915 gekündigt worden sind, sind in entsprechender Anwendung der Grundzüge zu IV zu behandeln. VI. Bezüglich der in den Jahren 1912, 1913 und 1914 gekündigten Verträge werden die Termine unter IV um 15 Tage verlängert. Diese Vorschläge, die die einzelnen Verbände ihren Verbänden unterbreiten werden, weichen nicht unerheblich von dem Antrage des Arbeitgeberverbandes ab, der bekanntlich verlangt hatte, daß alle von den Hauptvorständen übernommenen und fernerhin abzuschließenden Tarifverträge ein einheitliches nationales Tarifverhältnis üben und daß dem von den Hauptverbänden durch diesen Vertrag zusammengefaßten Tarifmaterial der Charakter des örtlichen Tarifinhalts gewahrt, jedoch ausdrücklich vereinbart wird, daß eine Kündigung einzelner Ortstarife nicht möglich ist. Der wichtigste Unterschied zwischen dem Antrage des Arbeitgeberverbandes und den Vorschlägen der Unparteiischen besteht darin, daß nach den Vorschlägen der Unparteiischen zunächst die in Ziffer 3 genannten Fragen geregelt werden sollen, während die Unternehmer den Tarif abschließen wollten, ohne daß diese für die Arbeiter wichtigsten Fragen überhaupt geregelt sind. Die Vertreter der Arbeiterverbände erklärten, daß sie den Vorschlägen der Unparteiischen zustimmen. — Die endgültige Entscheidung liegt bei den Verbänden. Der Verbandstag des Zentralverbandes der Schneider und Schneiderinnen findet am 11. August in Köln statt; die Unternehmer versammeln sich bereits einige Wochen vorher.

Sanarbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg. Seit sechs Wochen führen die Maurer und Hilfsarbeiter in Sorau einen Kampf um einige Pfennige Lohnerhöhung. Bisher wurden für Maurer 40 Pfg. und für Hilfsarbeiter 30 Pfg. pro Stunde gezahlt. In der Verhandlung am Montag boten die Unternehmer eine Zulage von 1 1/2 Pfg. für Maurer und 1/2 Pfg. für Hilfs-

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von G. Dewitt.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

In den Briefen war, soweit er sehen konnte, nichts enthalten, das auf das Eigentum seiner Mutter Bezug hatte, und er wollte sie schon zur Seite legen, als sein Auge auf die Überreste eines Briefes fiel, aus dem ihm in Bobbs' kühner Handschrift der Name seines Vaters Josephus entgegenstarrte. „meinem Vetter Josephus, daß er —“ hier war eine Stelle abgerissen — „ter dem Geldsäckel das Bündel finden. —“ wieder fehlte eine Stelle — „einen Spaß machen. Josephus ist ein Selbstretter. Ich hasse Leute, die nicht trinken. Er wird —“ eine neue Unterbrechung — „wenn er nachsieht. Ich trinke auf dein Wohl, Schiffsmaat B. C.“

„Es las die Worte zwei- oder dreimal. Was bedeuteten sie? Sicherlich nichts, das ihn anging. Er legte die Briefe zurück auf den Tisch und verließ, da der alte Maliphant seine Augen immer noch nicht geöffnet hatte, behutsam den Raum.“

Ohne noch weiter an den zerrissenen Brief zu denken, ging er geraden Weges nach Bunter, den er in seinem Arbeitszimmer und zwar beim Ausschreiben von Rechnungen antraf.

„Ich habe dich in einer ernstern Sache zu sprechen, Onkel.“ begann er ohne Umschweife.

„Du siehst doch, daß ich hier sehr beschäftigt bin. Geh nur, ich habe keine Zeit für dich und laß dich hier nicht wieder sehen. Schon dein Anblick ist mir verhasst.“

Die Hornesstraße war ihm ins Gesicht gestiegen und ein böser Blick begleitete seine Worte.

„Ich gehe nicht eher von hier, als bis ich eine Antwort auf meine Fragen erhalten habe. Ob du mich hast oder nicht hast, ist mir übrigens ganz gleichgültig. Wirkst du mir jetzt Rede und Antwort stehen oder soll ich noch warten?“

„Um dich eher los zu werden,“ knurrte Bunter, „will ich dich jetzt anhören. Ich sage dir aber, daß, wenn ich zwanzig Jahre jünger wäre, du schon längst zur Tür hinausgeschoben wärest.“

„Wenn du zwanzig Jahre jünger wärest, würdest du etwas erleben, mein Onkel, das kaum nach deinem Geschmack wäre! Also —“

„Nun fange aber endlich an zu reden. Meine Zeit ist kostbar.“

„Ich habe dich bereits wiederholt gefragt, was du bekommen hast, als du mich verkauftest. Du hattest dann jedesmal einen Wutanfall, wovon sich ein so korpulenter Mann wie du hüten sollte. Ich werde diese Frage nicht mehr an dich richten.“

Bunter blickte erleichtert auf.

„Ich weiß jetzt nämlich, was du bekommen hast.“

Bunter erblähte.

„Was weißt du?“

„Ich weiß ganz genau, was du bekommen hast, als du mich weggabst.“

Herr Bunter sagte nichts und wartete, sein schuldbehafteter Blick aber verriet, daß der längst gefürchtete kritische Augenblick eingetreten war.

„Als meine Mutter starb und du meine Vormundschaft übernahmst, war ein Nachlaß für mich vorhanden.“

„Das ist eine Lüge. Es war nichts da.“

„Wenn wirklich nichts dagewesen wäre, würdest du mich bei deinem Schwager, dem Bauunternehmer untergebracht haben.“

„Ich hatte aber Eigentum.“

„Nichts hattest du!“ wiederholte Bunter.

„Ich hatte drei Häuser,“ entgegnete Harry, „von denen eins vermietet dasjenige ist, das du an Frau-lein Rennsbjg vermietet hast. Welches die beiden anderen Häuser sind, weiß ich noch nicht, werde es aber rausfinden.“

„Du gehst einen falschen Kurs,“ entgegnete sein Onkel.

„Nun erst verstehe ich, weshalb du nicht von hier fort willst. Du bist also nur hierhergekommen, um im trüben zu fischen, und denkst, daß du Anspruch auf eine Erbschaft hättest? Na! Es könnte dir so passen, mit einem Mal ein mehrfacher Hauseigentümer zu werden. Ha, ha, ha!“

„Er lachte, aber sein Lachen klang recht gezwungen.“

„Ich wollte dir vorhalten, was du getan hast,“ fuhr Harry ruhig fort. „Das Kind, das du auf ein oder zwei Jahre zu dir nahmst, war Erbe eines kleinen Vermögens, das jährlich einen Zinsertrag von achtzig bis hundert Pfund abwerfen mochte. Möglicherweise warst du berechtigt, das Geld zu behalten, solange das Kind bei dir war. Als es aber von dir genommen und adoptiert wurde, sagtest du kein Wort von seinem Besitz. Du beistelltest ihn für dich und hast feither jedes Jahr bis Mieten eingestrichen, als ob die Häuser dir gehörten. Soll ich noch weiter gehen und dir sagen, wie Richter und Rechtsanwältle solche Handlungswiese nennen?“

„Hast du Beweise?“ fragte der andere, dessen Gesicht seine innere Erregung widerspiegelte. „Wo sind deine Beweise?“

„Bis jetzt habe ich sie noch nicht. Aber ich werde sie suchen.“

„Du wirst keine finden, weil es keine gibt. Jetzt, junger

Mann, hebe ich dich angehört, und du kannst gehen. Gehe, sage ich dir.“

„Du stellst also in Abrede, daß die Häuser mir gehören?“

„Wenn du höflich und bescheiden, mit dem Gute in der Hand, zu mir gekommen wärest, so würde ich dir die Geschichte jener Häuser erzählt haben. Es stimmt, daß deine Mutter ihre Häuser hatte, wie auch ihre Schwester und ihre Brüder sie hatten. Wo sind die Häuser jetzt? Sie gehören mir, alle gehören mir. Wie bin ich zu ihnen gekommen? Sehr einfach, ich habe sie eben für mein gutes Geld gekauft. Verlangst du Beweise? Ich gebe sie dir nicht. Wenn du hübsch artig gebeten hättest, würde ich sie dir gezeigt haben. Jetzt packe dich und tue dein Schlimmstes — hörst du — tue dein Schlimmstes!“

„Er erhob die geballte Faust gegen Harry. Seine Worte klangen trotzig, aber die Stimme zitterte und um seine Lippen zuckte es.“

„Ich glaube nicht,“ entgegnete Harry, „daß du meine Häuser ehrlich gekauft hast. Es war, als ich von dir fortkam, niemand da, der meine Interessen wahrnahm und du hast dir mein Erbe einfach angeeignet.“

„Das ist also der Dank dafür, daß ich dich drei Jahre lang gehegt und gepflegt habe. Das erntet man nun, wenn man einen Waisenknecht in sein Haus nimmt! Aber ich habe als anständiger Mensch gehandelt und ich würde es gegebenenfalls wiederum tun.“

„Ich zweifle nicht an deinem guten Willen,“ spottete der undankbare Nefte, „besonders dann nicht, wenn der nächste Waisenknecht ebenfalls seine drei guten Häuser hätte und niemand sich um sein Erbe kümmerte.“

„So gehe doch, suche deine Beweise und bringe sie herher, wenn du sie gefunden hast.“

Harry lachte.

„Sei unbesorgt, mein Onkel, ich werde sie finden, wenn gleich ich heute noch nicht weiß, wo und wann. Mittlerweile wird dich bei Tag und Nacht die Furcht quälen, daß ich sie finden könnte. Du wirst nachts vor Angst nicht mehr schlafen, du wirst von der Polizei und vom Gericht, von Handfesseln und vom Gefängnis träumen; du wirst ein Käufer werden, keine Freude mehr am Leben haben, vor der Zeit in die Grube fahren. Du wirst —“ er unterbrach sich, da sein Onkel, der sich schwer in einen Stuhl hatte fallen lassen, ausrief, als ob er im nächsten Augenblick ohnmächtig werden würde. „Vergiß es nicht, Onkel, ich werde diese Beweise auffinden, und zwar schon in nächster Zeit. Jedes Jahr hundert Pfund, macht in zwanzig Jahren zweltausend Pfund. Dazu noch die Zinsen. Das ist ein recht nettes Stämmchen, und du wirst sie mir auszahlen haben. Auf Wort, Onkel, du wirst das Leben noch einmal von vorn anfangen müssen.“

(Fortsetzung folgt.)

arbeiten an, sodas letztere eine Lohnerhöhung von 29 Pfg. pro Woche erhalten sollten. Das Angebot haben die Streitenden abgelehnt. Jetzt versuchen die Unternehmer, arbeitslose Berliner Maurer unter der Vorpiegelung, der Streik sei beendet, nach Sorau zu locken. Da sich aus den Reihen der Sorauer Arbeiter bisher niemand gefunden hat, den Streitenden in den Rücken zu fallen, so erwarten die Streitenden auch, daß die Berliner Berufsangehörigen Solidarität üben und Sorau unter allen Umständen meiden werden.

Mißglückte Kaiserhuldigung christlicher Gewerkschaften. Die Gunderthalerfeier der Firma Krupp und den Besuch Wilhelm II. in Essen wollten die christlichen Gewerkschaften gern durch ihre Mitwirkung verschönern. Sie sind zu gern dabei, wenn Hoch und Hurra geschrien wird. So hatten sie sich nach Berlin gewandt, um bei diesem kapitalistischen Jubiläum mitwirken zu können, und um zu zeigen, daß sie gerade so liebe Kinder sind, wie die Essener Gelben. Nach der Vorkriegszeit ist den armen Christen nun kein Heil widerfahren; die alleruntertänigsten und gehorsamsten Christen bekamen einen Korb. Die Vorkriegszeit schreibt: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hatte die Absicht, dem Kaiser bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in Essen zur Kruppischen Jubelfeier eine große Guldigung darzubringen. Dem Pastor Dr. Weber in M.-Gladbach ist auf eine Anfrage, die er diesbezüglich nach Berlin richtete, folgende Antwort aus der Reichskanzlei zugegangen: Die Zeit Sr. Majestät ist derart besetzt, daß sowohl die Firma Krupp als auch die Stadt Essen schon auf wichtige Punkte des von ihnen vorgeschlagenen Programms haben verzichten müssen. Es wird unter diesen Umständen kaum möglich sein, einen neuen Programmpunkt einzufügen. Der Herr Reichskanzler bedauert aufrichtig, daß die Umstände es voraussichtlich nicht gestatten werden, Ihrem Wunsch Folge zu geben, den er mit großer Sympathie begrüßt hat.“ Was werden die Arrangements lange Gesicht gemacht haben! Wir kondolieren aufrichtig.

Tarif- und Lohnbewegungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe. Mehr und mehr scheint sich bei den Unternehmern des Steindruckgewerbes die Überzeugung Bahn zu brechen, daß es auch für sie zweckmäßig ist, wenn sie sich mit den Gehilfen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen friedlich verständigen und feste Tarifverträge abschließen. So wird aus Danzig berichtet, daß mit den am Orte bestehenden vier Firmen und dem Gehilfenverbande ein Tarif, gültig bis zum 31. Dezember 1914, abgeschlossen wurde. Vereinbarung ist eine Arbeitszeit für Lithographen von 48 Stunden, für Steindrucker von 68 Stunden wöchentlich; Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre 20 Mk., im zweiten 22 Mk.; Überstundenzuschlag für die ersten zwei Stunden 25, für die dritte 33 1/3 und Sonntags 50 Proz.; Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Entschädigung nach § 616 B. G. B.; auf je 1-5 Lithographen und Steindrucker kann ein Gehilfenjahr abgelehnt werden. Die Steindrucker erhielten durch den Tarifabschluss eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde, die Lithographen um drei Stunden wöchentlich. Außerdem erhielten 26 Gehilfen zusammen 48,50 Mk. Lohnzulagen pro Woche. In Jherichow wurde mit den drei Firmen Fr. Dohmann, Walltraff und Bengarz u. Kollmann ebenfalls ein Tarifvertrag abgeschlossen, gültig bis zum 1. April 1915. Dieser enthält ungefähr die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie der in Danzig abgeschlossene Tarif. Die in Weimar vorhandenen Firmen schlossen gleichfalls mit dem Gehilfenverbande einen Tarifvertrag ab, gültig bis 30. April 1915. Auch hier sind die festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen ungefähr die gleichen, wie beim Danziger Tarif. Allen Gehilfen wurde eine Lohnzulage von zwei Mark pro Woche bewilligt.

Bei der Gewerkschaftswahl in Koblenz, einer Zentrumsstadt, erhielten die freien Gewerkschaften 807 Stimmen und drei Sitze, die „Christlichen“ 575 Stimmen und 2 Sitze.

Eine kleine Anarcho-Demonstration. Im April fanden in Aresfeld zwei Versammlungen für die Arbeiter der drei Stahlwerke statt. Reichstagsabgeordneter Spiegel referierte über ein gewerkschaftliches Thema. Drei anwesenden Anarchos wurde vom Referenten und vom Einberufer eine häßliche Vorführung zu teil, in der einen Versammlung benahm sich einer der Anarchos derartig, daß er unter dem Vorfall der Versammlung aus dem Lokal verwiesen wurde. Beim Hinausgehen drohte er, die Polizei zu benachrichtigen, daß eine nicht angemeldete Versammlung stattfände. Der Einberufer Knabwald erhielt auch tatsächlich Strafmandate wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz; er wurde infolge der Demonstration des Anarchos vom Kreisrichter Schöffengericht zu 3 Mk. Strafe verurteilt. Gegen das Urteil in Berufung eingelegt, denn das Gericht wie auch der polizeirechtliche Demuziant haben übersehen, daß gewerkschaftliche Versammlungen der polizeilichen Genehmigung nicht bedürfen.

Christliche Bettel. Von einer Bettel, die auf die derzeitigen Verhältnisse in den christlichen Gewerkschaften ein begründetes Licht wirft, wird dem „Grundstein“ aus Hildesheim berichtet. Dort will sich der christliche Bauarbeiterverband eine Habe anschaffen. Da er die Mittel dazu nicht hat, so bettelt man bei den Unternehmern und Zentrumsgrößen um milde Gaben. Der Maurer Vogas wurde zu diesem Zwecke mit einer vom christlichen Verband gestempelten Karte herangezogen. Und siehe da: der Maurermeister und Bürgerwehleiter Gieren gab 5 Mk., andere Herren gaben weniger. Das Schönste aber ist, daß sich der christliche Verband von dem Maurermeister Gieren die Beiratskarte halten läßt! Im Jahre 1910 wurden die christlich organisierten Bauarbeiter Hildesheims mit ihren freigeordneten Kollegen aus Pfister geworfen; und der Mann, der jetzt von der christlichen Organisation für würdig gehalten wird, die Habe zu weihen, hat noch vor wenigen Jahren, als die freie und die christliche Organisation um ihre Anerkennung rangen, beiden Organisationen als ihr erbitterter Feind sein „Niemals“ entgegengegriffen. Man sieht, die Zeiten ändern sich!

Ein verhängnisvolles Wort über die deutschen Gewerkschaften. In der Münchener Wochenzeitung „Rat“ führt Otto Corbach die jüngst von Prof. Ludwig Berger aufgestellte Behauptung, die Gewerkschaftsbewegung befördere die Sabotage, glänzend ab. Er sagt dort: „Man braucht nur mit den elementarsten Ergebnissen soziologischen Fortschritts bekannt zu sein, um zu wissen, daß Gewerkschaftsbewegung und Sozialismus die Arbeiter gelehrt haben, nicht mehr im einzelnen Arbeitgeber, geschweige in der Arbeiter freilebenden toten Maschine ihren Feind zu sehen, sondern in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Auch daß sie gelehrt wurde, sich als Erben der kapitalistischen Gesellschaft zu fühlen, mußte in ihnen allen vandalischen Reaktionen entgegenwirken; denn dadurch wurde bei ihnen die Vorstellung hervorgerufen, all die wunderbaren Erzeugnisse der kapitalistischen Produktion würden, so wie sie für längere Dauer geschaffen sind, einst ihnen oder ihren Kindern ausgeliefert werden. Je besser sich das Proletariat in Gewerkschaften organisiert und je mehr es für marxistisch-sozialistische Ideen eingewonnen wird, desto weniger neigt es sich dem Sabotage, seinen Feind gegenüber zu zeigen.“

in denen sie für kapitalistische Zwecke zu arbeiten gezwungen waren. Die Sabotage, so wie sie in Frankreich betrieben wird, hat ohne Zweifel größtenteils noch den ursprünglichen Haß des sozialistischen denkenden Arbeiters gegen die Maschine zur Triebfeder, so sehr das auch die individualistische Ideologie zu verklären sucht. Insofern dies der Fall ist, wird das auch in Frankreich, wie Sombart mit Recht hervorhebt, durch den Mangel an starken gewerkschaftlichen Organisationen erklärt. Dem Mitgliede einer starken Gewerkschaft muß die französische Sabotage unmöglich erscheinen, denn er kann es sich nicht anders vorstellen, als daß der Arbeiter durch ihre Anwendung das Fundament zerstört, auf dem sich ein für alle Mal das Gebäude einer besseren Wirtschaftsordnung erheben soll.“ — Alles das ist einem aufgeklärten Arbeiter so geläufig, daß es kaum noch gesagt zu werden braucht. Und doch freut man sich, wenn auch ein Fernstehender so viel Einsicht in unsere Gedankenwelt betundet.

Aus Nah und Fern.

Doppelselbstmord. In einem Hotelzimmer in Schönberg bei Berlin wurden zwei weibliche Leichen aufgefunden. Es tauchte sofort die Vermutung auf, daß der Fund mit der Flucht der Buchmacherin Jeanette Lövy und deren Schwester zusammenhänge, was sich auch bestätigte. Es scheint, als ob Jeanette ihre Schwester zuerst erhängt und sich dann selbst das Leben genommen hat. In einem hinterlassenen Brief bekennt die Selbstmörderin die Richtigkeit der Angaben über die Höhe der von ihr unterschlagenen Summen.

Spionagefurcht. In Swinemünde sind am Montag zwei Männer in Haft genommen worden, die einem Rechnungsrat aus Potsdam angeblich durch ihr Benehmen aufgefallen waren. Bei der Festnahme stellte sich heraus, daß die Spione zwei gute Deutsche waren, ein Musiklehrer und sein Sohn. Der waschlame Rechnungsrat verdient entschieden eine Belohnung.

Zur Spionageaffäre Kostewitsch erfährt der „Berliner Lokalanzeiger“, daß der verhaftete russische Hauptmann nunmehr bestimmt am Montag nach Leipzig übergeführt wird. Mit der Freilassung ist also nichts; mit ihr soll nach der „Täglichen Rundschau“ noch immer die russische Regierung rechnen. Auch weiß das Blatt zu melden, daß Kostewitsch im Falle einer Freilassung von der deutschen Regierung eine Entschädigung von 100000 Mk. verlangen will. Diese Meldung soll wohl nur bezwecken, daß keine Freilassung erfolgt.

Das liberale Vereinsgesetz außer Kurs. In Kolmar in Posen führt die Polizei einen hartnäckigen Kampf mit dem dortigen Arbeiterturnverein. Dieser Turnverein war ursprünglich von organisierten Arbeitern gegründet, aber nach Abwanderung dieser ersten Mitglieder und Beitritt bürgerlicher Elemente in einen „deutschen“ Turnverein umgewandelt worden. Mit dem Ertrinken der Arbeiterbewegung in Kolmar wandten sich die organisierten Arbeiter auch wieder der Turnerei zu, und suchten in ihrem alten Verein Unterstüßung. Um aber den Turnverein als „gut bürgerlich“ zu erhalten, spendete sogar die Regierung dem Verein 150 Mark als Beihilfe. Es nutzte nichts; im Laufe der Zeit waren soviel organisierte Arbeiter beigetreten, daß der Beschluß gefaßt werden konnte, aus dem deutschen Turnerbunde auszutreten und Anschluß bei dem Arbeiterturnerbund zu suchen. Da dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten werden konnte, greift jetzt die Polizei ein. Zunächst bekam der Vorsitzende bei einer Strafandrohung von 30 Mark die Aufforderung, das Mitgliederverzeichnis des Vorstandes und die Statuten einzureichen. Dies blieb unbeachtet, und der Vorsitzende bekam pünktlich sein Strafmandat über 30 Mark mit einer weiteren Strafandrohung von 60 Mark, wenn er jetzt der Aufforderung nicht nachkomme. Die Polizei läßt ihr Vorgehen nicht auf die Bestimmungen des Vereinsgesetzes, das nur allein Anwendung finden könnte, sondern auf § 182 des Preuß. Allg. Landrecht. Durch diese spezifisch preussische Maßregel soll das Vereinsgesetz einfach außer Kurs gesetzt werden. Hoffentlich bereiten die Gerichte diesen Versuch, wenn nicht, müßte der Reichstag energisch einschreiten.

Wieder eine Hitze- und Trockenperiode in Sicht? Die „Reinisch-Weiß. Jtg.“ bringt ein Gutachten der Kaiserlichen Wetterwarte, nach der es keineswegs ausgeschlossen sein soll, daß wir in Deutschland auch in diesem Jahre wieder von einer andauernden Hitze- und Trockenperiode heimgesucht werden könnten. Optimistischer urteilt ein anderer meteorologischer Sachverständiger im „Berliner Tageblatt“, der seine Wetterprognose dahin zusammenfaßt: „Unter solchen Umständen scheint also in diesem Sommer nur eine Tendenz zu Schönwetter und Trockenheit, nicht aber zu einer Dürre vorhanden zu sein. Die den vergangenen Sommer zum Schaden unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens in sehr nachteiliger Weise ausgezeichnet hat.“

Auch diese Vorhersage klingt nicht allzu tröstlich. Hoffen wir, daß es auch hier wieder einmal anders kommt!

Das Braut des auf der Fahrt von Stettin nach Middelburg untergegangenen Schoners „Nordkap“ ist jetzt aufgefunden worden. Die Leichen des Kapitans und der Mannschaft wurden im Innern des Schiffskörpers aufgefunden. Man neigt daher zu der Ansicht, daß das Unglück sich ganz plötzlich ereignet hat.

Ertrunken. Im Pregel am Münchhof-Königsberg sind ein jähriges Kind und dessen Mutter, die es retten wollte, ertrunken. — Beim Baden in der Wittig sind unterhalb der Niederer Mühle in Ostfriesland bei Rittau am Sonnabend nachmittag die Lehrerin Fräulein Dreßler und eine zum Besuch dort weilende 13 jährige Pastorentochter aus Reichensbach bei Göllich ertrunken. — Beim Baden im Rhein und im Ruhrflusse ertranken Montag und gestern 22 Personen. — Ein schweres Badeunglück hat sich im Kanton Solothurn (Schweiz) ereignet. Drei Knaben badeten unterhalb des Maschinenhauses des Elektrizitätswerkes an der Oese, eines Zuflusses der Aare, im Kanton Solothurn. Plötzlich verfinsterten die Knaben und wurden anscheinend loslos flussabwärts getrieben. Gleichzeitig sah man viele tote Fische an die Oberfläche kommen. Als man die Knaben barg, waren alle drei tot. Die Untersuchung ergab, daß in der elektrischen Kraftleitung Störungen eingetreten waren und daß der Strom seinen Weg durch das Wasser in den Boden genommen hatte. Dadurch wurden die Knaben getötet.

Recht. In Ahrensfelde wurde nach einer Berliner Meldung das 14jährige Dienstmädchen Zimmermann aus Giege in einem Kornfeld ermordet aufgefunden. Als mutmaßlicher Mörder wurde der Geliebte der Ermordeten, der 24jährige Arbeiter Bruff, verhaftet.

Schweres Brandunglück. In Steinholz in Ober-Ostpreußen brannte das Artiger Gut nieder. Ein altes Ehepaar wurde tödlich verbrannt aus den Flammen geholt. Einen sechsjährigen Sohn des Besitzers fand man als verkohlte Leiche.

Hohe Tat. Wie die Kölnische Zeitung aus Forbach in Lothringen meldet, erschlug ein Bäckerjunge die Ehefrau seines Meisters. Dieser unterließ unerlaubte Begehungen zu seiner Haushälterin und bewog den Gefellen durch das Versprechen von 4000 Mk. zu dem Verbrechen.

Ein Brief. Man schreibt aus Brüssel: Während großer wirtschaftlicher Kämpfe befindet sich in Belgien ein eigenartiger Akt von Solidarität. Um die Streitenden von der Sorge für ihre Kinder zu befreien und ihnen damit die Möglichkeit zu geben, im Kampfe auszuharren, werden die Kleinen in andere Orte, oft in eine andere Provinz gebracht, wo sie für die Streikzeit in Familien, die sich dazu bereit erklärt hatten, Aufnahme finden. Gewöhnlich versammeln sich die „Adoptivmütter“ in den sozialistischen Volkshäusern, wo sie ihre Schutzbefohlenen übernehmen. Für wie viele dieser Kinder ist damit die Zeit, die für ihre Eltern die bitterste Entbehrung brachte, zu einer Art Festzeit und „Ferien“ geworden. Um ihnen Vater und Mutter zu ersetzen, hat man sie nicht nur behütet und gepflegt, sondern auch „verhätschelt“. Und die Streitenden konnten kämpfen, hungern, wenn es sein mußte; ihre Kinder waren versorgt, brachten keine Not zu leben oder zu leiden. — Man begreift, daß die belgische Arbeiterpartei zu den wichtigsten Vorbereitungen für einen etwaigen Generalstreik die Organisierung der Unterbringung von Kindern zählt. Ein Präliminar zu dieser Aktion ist ein Brief, den der „Peuple“ veröffentlicht und der zeigt, daß es just nicht gerade die Besten unter ihnen sind, die den Anfang mit der Betätigung sozialistischer Akte machen. Um der Menschlichkeit willen, die aus ihm spricht, sei der Brief, den auch eine liebenswürdige Schlichtheit auszeichnet, wiedergegeben. Der Schreiber des Briefes hält den Generalstreik für unausweichlich und macht schon jetzt sein Angebot: „Meine Frau und ich, schreibt er, haben beschlossen, nach Maßgabe unserer Mittel zum Erfolg der Bewegung beizutragen, wenn das Zeichen zum Kampf gegeben werden wird. Sie würden mich demnach verpflichten, wenn Sie die Person, die mit dieser Sache beauftragt ist, verständigen, daß wir bereit sind, gegebenenfalls zwei Kinder von Streitenden bei uns aufzunehmen. — Wir besitzen vier Kinder, einen Jungen von 18 Jahren und drei Mädchen von 18, 6 und 5 Jahren. Man könnte uns zwei ganz kleine Kinder geben, meine Frau wird ihnen die nötige Pflege angedeihen lassen. Statt zweien wird sie eben vier Gesichtchen säubern. Bei Tisch wird man ein wenig zusammenrücken und für die zwei kleinen Brüderchen (oder Schwesterchen) werden sich zwei annehmbare Plätzchen zum Schlafen finden. Wir fühlen wohl, welches Opfer es für die Eltern sein wird, sich von ihren Kindern zu trennen. Sie können daher auch vollkommen beruhigt sein, daß wir jenen, die uns anvertraut werden, alle körperliche und sonstige Pflege zuteil lassen werden. Wir wohnen in einem gesunden Viertel, haben einen kleinen Garten und wohnen ganz nahe vom Land. Unsere Sprößlinge sind nicht schlimmer als der Durchschnitt, wenngleich die zwei Jüngsten rechte Lärmgeister und Racker sind. Aber sie sind alle gutherzig und ich weiß, daß die kleinen Gäste bei ihnen die beste Aufnahme finden werden, dank der Belehrung, die wir ihnen im Zusammenhang der Dinge über die menschliche Solidarität einschärfen werden.“ — Wie anders klingt dieses vom sozialen Bewußtsein inspirierte Dokument menschlicher Solidarität gegenüber der landläufigen düren oder prozigen Wohlthätigkeit, aus der man weniger das Herz des Menschen schlagen als seine Goldmünzen klappern hört.

Tod eines Fliegers. Der Gouverneur von Französisch-Zentralafrika teilte telegraphisch nach Paris mit, daß der Flieger Hubert Latham am 7. Juni im Kongo am Zusammenstoß des Dahr Salamit und des Schari auf der Jagd von einem Büffel getötet worden ist.

Kolonialkapitalistische Bestialitäten. Grauel von der schlimmsten Art werden, wie die „Wostische Zeitung“ meldet, in einem als Blaubuch erschienenen Bericht des britischen Generalkonsuls Sir Roger Casement mitgeteilt, der im Juli 1910 vom Auswärtigen Amt damit beauftragt wurde, über die Behandlung der eingeborenen Indianer in den Gumatwäldern der Peruvian Amazon Company Limited zu berichten. Diese englische Gesellschaft beschäftigt sich mit der Gewinnung sogenannter wilder Gummis im Distrikt Putumayo am Amazonasstrom. Sie hat die in den Wäldern wohnenden Indianerstämme auf das schrecklichste ausgebeutet und in einer Weise behandelt, daß demgegenüber die bekannten Kongo-Gräueltaten verblasen. Angestellte der Gesellschaft, die zumeist Südamerikaner beschäftigt, haben nach dem mit vielen Belegen versehenen Konsularbericht Kindern die Hirnschale zertrümmert, Frauen und Kinder zu Tode gepeitscht. Sie haben die Saaten der Eingeborenen absichtlich verwüstet, um kalten Blutes zuzusehen, wie die Bevölkerung ganzer Dörfer allmählich des Hungers starb. Nach Gehgelagen wurden Indianer aus den Arbeitereinfriedigungen geholt, an einen Baum gebunden und als Zielscheibe benutzt. „Zum Sport“ schnitt man Frauen die Ohren ab. Neunzig vom Hundert der gesamten eingeborenen Bevölkerung trägt tiefe Narben, die von Peitschenhieben herrühren. Frauen und Kinder wurden lebendig auf Scheiterhaufen verbrannt. Viele in dem amtlichen Bericht beschriebene Gräueltaten sind so grausam, daß sie sich nicht wiedergeben lassen. In den letzten 12 Jahren wurden mehr als 30000 Indianer auf bestialische Weise zu Tode gequält.

Mißgeschläge. Der Blitz schlug in ein in Sanjoro im Ostrower Bezirk befindliches Lager, tötete einen Unteroffizier und verletzete 45 Soldaten des Mosow-Regiments, von denen 22 ins Lazarett gebracht werden mußten. — Im Dorfe Nisniz-Nowoj schlug ein Blitz in den Neubau eines Hauses ein, in dem zahlreiche Arbeiter sowie der Hausbesitzer mit seiner Frau Zuflucht gesucht hatten. Zwei Arbeiter und der Hausbesitzer wurden getötet, 12 andere Personen verletzt. Das Haus wurde vollständig eingeschert.

Fliegers Tod. Der Militärflieger Leutnant Zulfut ist in Sebastopol mit einem Vertotapparat abgestürzt und war sofort tot.

Schiffsnachrichten.

- D. „Olga“ ist Montag nachmittag in Libau angekommen.
- D. „Imatra“ kam gestern morgen in Wiborg an.
- D. „Luna“ ist gestern mittag von Rotterdam auf hier abgegangen.
- D. „Jris“ kam gestern mittag in Raumo an.
- D. „Linnea“ traf Montag nachm. in Reval ein.
- D. „Stadt Lübeck“ kam Montag nachm. 6 Uhr in Daugig an.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schwarg, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Da nun große Unzufriedenheit im Volke herrschte, so...

So kam z. B. einer der Spitzbuben zum König, und der...

„Gott, ich bin Bauer und komme aus dem Lande des...

„In deinem Lande, o König, ist keiner wohl zu finden, der...

„Durch deine Güte und Weisheit, Majestät, lebe ich so...

„In dieser Weise wurden andere berattene Rathlinge vor...

„Das Volk wurde von der Potitque geschickt, die Bauern...

„Das Volk wurde von der Potitque geschickt, die Bauern...

„Was hat das zu bedeuten? fragte er ängstlich seine...

„Der Donner der Geschütze gilt Dir zu Ehren, Majestät...

Der blinde König.

Eine Legende von Hermann Roth.

Als Prinz war der König ein lebhafter Knabe gewesen...

Der blinde König ließ nun die berühmtesten Ärzte im...

„Der König aber sprach zu ihm: „Sieh bin auf alles gefaßt...

„Der König entließ darauf den falschen Gelehrten und...

„Der blinde König wollte sich aber auch persönlich von...

„Der blinde König wollte sich aber auch persönlich von...

„Der blinde König wollte sich aber auch persönlich von...

„Der blinde König wollte sich aber auch persönlich von...

„Der blinde König wollte sich aber auch persönlich von...

ratten auf jede mögliche Art zu Selbe, nämlich mit Falten...

Die Kratzen der Natur.

Der Bedarf an menschlicher Kraft ist im 19. Jahrhundert...

„Die Kratzen der Natur sind die Kräfte, die die Welt...

„Die Kratzen der Natur sind die Kräfte, die die Welt...

„Die Kratzen der Natur sind die Kräfte, die die Welt...

„Die Kratzen der Natur sind die Kräfte, die die Welt...

„Die Kratzen der Natur sind die Kräfte, die die Welt...

„Die Kratzen der Natur sind die Kräfte, die die Welt...

„Die Kratzen der Natur sind die Kräfte, die die Welt...

„Die Kratzen der Natur sind die Kräfte, die die Welt...

„Die Kratzen der Natur sind die Kräfte, die die Welt...

schönen, in der jedes Wesen schmeckt und schwach wird, nasse...

Aus den Wikiblätern.

Wahres Geschickliches. Vor einiger Zeit machte ich...

„Wahres Geschickliches. Vor einiger Zeit machte ich...

„Wahres Geschickliches. Vor einiger Zeit machte ich...

„Wahres Geschickliches. Vor einiger Zeit machte ich...

„Wahres Geschickliches. Vor einiger Zeit machte ich...

„Wahres Geschickliches. Vor einiger Zeit machte ich...

„Wahres Geschickliches. Vor einiger Zeit machte ich...

„Wahres Geschickliches. Vor einiger Zeit machte ich...

„Wahres Geschickliches. Vor einiger Zeit machte ich...

„Wahres Geschickliches. Vor einiger Zeit machte ich...

Stesse lesen soll, antworteten diese, und sie logen diesem nicht!

Wo ist dein Vaterland?

Wenn ich einen Garten hätte und ein Haus darin! Wenn gehört dieser Grund und Boden? ...

Wie? Du zurecht?

Wie? Du zurecht? In einer mühsigen Stunde fragte ich viele Menschen das dem Worte, ob sie einen Grundbesitz hätten, auf dem sie ausruhen könnten, wenn sie alt und müde wären.

Für unsere Frauen.

Man die Mutter, Sie beschützen Frauen! In der Fremde, ruf eine leidenschaftliche Frau ...

Die Seiten haben sich geändert und mit ihnen die ...

Günstigkeit über aus jener teurer Verwandten hinaus getrieben worden. Das weiß die Frau ...

Wie? Du zurecht? Sie will allerdings belächelt nicht auf die Meinerer treten, gelassener gar das eigene ...

Wie? Du zurecht? Dies alles will Frau ...

Wie? Du zurecht? Die ...

politische Gewinne bezogen — die Zeit, wenn die Männer bet der Arbeit sind, um Urlaub bei den Frauen zu gewinnen ...

Wie? Du zurecht? Die ...

Wie? Du zurecht? Die ...

Wie? Du zurecht? Die ...

Abbildung bekehrten wollten, sie habe eine ideale Mutter gehabt, weil sie in einem vornehmen ...

Wie? Du zurecht? Die ...

Wie? Du zurecht? Die ...

Wie? Du zurecht? Die ...

kleines Feuilleton.

Wusstest du?

Die ...